

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petit-
zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Zur Rückzahlung der Invalidenver- sicherungsbeiträge bei der Verheiratung

bringen die Monatsblätter für Arbeiter-Versicherung in ihrer Juni-Nummer einen Beitrag, der für alle, besonders für die weiblichen Versicherten von allergrößtem Interesse ist und daher eine weitere Verbreitung verdient. Zu Ruh und Frommen der Arbeiter lassen wir denselben nachstehend folgen:

„Das S. B. G. gemäß § 42 den sich verheiratenden weiblichen Personen die Befugnis, zu verlangen, daß ihnen die bis dahin gezahlten Invalidenversicherungsbeiträge zur Hälfte zurückgezahlt werden. Nur zur Hälfte um deswillen, weil die andere Hälfte von den Arbeitgebern aus deren Mitteln eingezahlt worden ist. Der Antrag auf die Rückzahlung, „Erstattung“, wie das Gesetz sagt, kann erst nach der Verheiratung und noch innerhalb eines Jahres danach gestellt werden und ist natürlich ausgeschlossen bei denjenigen weiblichen Personen, die vor der Eheschließung schon den Anspruch auf die der Versicherungsanstalt gesetzlich obliegende Gegenleistung, nämlich eine Invalidenrente, erworben hatten. Erworben ist der Anspruch mit dem Augenblick, in dem der die Rentenbewilligung aussprechende Bescheid der Berechtigten zugestellt wird. An die Erstattung wärft sich selbstverständlich die im Abj. 2 des § 42 bezeichnete Rechtsfolge: „Mit der Erstattung erlischt die durch das frühere Versicherungsverhältnis begründete Anwartschaft.“ Das heißt: die Empfängerin erhält, wenn sie demnächst invalide werden sollte, keine Invalidenrente; ist rechtlich so gestellt, als ob für sie noch niemals geklebt worden wäre.

Von der Befugnis, die Erstattung zu erlangen, wird nun ein sehr ausgedehnter Gebrauch gemacht. In den 12 Jahren von 1895 bis 1903 ist es in über ein und einer halben Million Fällen geschehen, von 1900 ab übersteigt die Zahl der Erstattungen in jedem Jahre 150,000 Fälle; eine Zahl, aus der folgt, daß nur eine sehr kleine Zahl von heiratenden weiblichen Personen davon absteht, die Erstattung zu beanspruchen.

Das ist auch zu verstehen. Zum Heiraten gehört Geld, selbst in den einfachsten Verhältnissen; ein kleiner Zuschuß wird dabei unter allen Umständen erwünscht sein; das ist auch der Grund, weshalb man die Heiratsersatzung eingeführt und geglaubt hat, damit der arbeitenden Bevölkerung einen wirklichen Vorteil zu gewähren.

Der unmittelbare Vorteil ist in der Tat einleuchtend; leider so einleuchtend, daß man seine Kehrseite, die damit verbundenen Nachteile, übersehen hat und fortgesetzt übersehen. Diese Nachteile sind aber in Wirklichkeit so groß, daß man bei unbefangener Prüfung in den allermeisten Fällen nicht umhin kann, sie als ganz überwiegend zu bezeichnen, und daß einschichtige Volkswirte schon lange vor der Geltendmachung des Erstattungsantrages warnten; im wesentlichen bisher ohne Erfolg, wie wir gesehen haben.

Allerdings tritt ja in der Regel die Frau mit der Heirat in die Fürsorge des Mannes, und darauf wird sie sich zumeist verlassen, indem sie, die Erstattung der Beiträge verlangend, ihre auf die Invalidenversicherung gegründeten Ansprüche preisgibt. Aber schon diese Regel erfährt doch viele Ausnahmen, in allen den nicht wenigen Fällen nämlich, in denen von vornherein auf die erwerbende Mitarbeit der Frau gerechnet wird, sei es, daß der Verdienst des Mannes an sich im Verhältnis zu den laufenden Ausgaben knapp ist, sei es, daß noch Abzahlungen auf die Ausstattung zu leisten sind oder sonstige besondere Ausgaben bevorstehen. Fällt die erhoffte Mitarbeit der Frau weg, ohne daß ein Ausgleich dafür eintritt, so gerät dann sofort die wirtschaftliche Grundlage des Haushalts ins Wanken. Das umjomehr, wenn etwa die Frau auch im Haushalt nicht mehr ihre Aufgabe erfüllen kann und dadurch nicht nur eine Einnahmequelle wegfällt, sondern auch die Kosten des Haushalts wachsen.

Aber auch wo von vornherein nicht auf die Mitarbeit der Frau gerechnet wurde, ändern sich die Verhältnisse doch oft sehr schnell und unerwartet. Der Mann kann krank werden, einen Unfall erleiden, die Arbeit verlieren; er kann durch Streiks oder Aussperrungen, diese in unserer von wirtschaftlichen Kämpfen erfüllten Zeit so häufigen Störungen verhindert werden, seine Arbeitskraft zu verwerten. Bei Krankheit und Unfall tritt ja in der Regel die Arbeiterversicherung, bei Streiks und Aussperrungen die gewerkschaftliche Hilfe ein; aber das Krankengeld ist doch nur halb so hoch wie der Arbeitsverdienst, die Unfallrente auch nur zwei Drittel davon, und die Streikgelber usw. werden ebenfalls niemals auch nur annähernd vollen Ersatz leisten. Da kann es sehr leicht kommen, daß die Frau unerwartet genötigt wird, mitzuerbienen, oder gar unter Umständen allein zu verdienen in der Lage ist, und daß, wenn sie dazu außerstande ist, die Not einzugibt. Ferner wachsen unter allen Umständen die Ausgaben, wenn Kinder geboren werden; es kann kommen, daß alte Eltern, verarmte Geschwister genötigt werden, an der Familie der Frau einen Rückhalt zu suchen. Kurz, man wird sagen müssen, daß in den allermeisten Fällen der neu gegründete Haushalt genügend sicher gestellt ist, um die Nötigung der Frau zum Miterbienen ganz als ausgeschlossen betrachten zu können.

Dann ist aber eine Versicherung gegen den Verlust der Arbeitskraft der Frau vom allerhöchsten Werte. Man muß sich vergegenwärtigen, daß das Wochenlohn für eine Frau, auch die gesündeste nicht, ohne ernste Gefahren ist; daß Frauenleiden, Blutarmut, Ueberanstrengung andauernd eine Menge weiblicher Arbeitskräfte lahmlegen; daß viele zarte Naturen den Angriffen einer ungeunden Wohnung, häufigen Wochenarbeiten, oder einer Ansteckung durch Krankheiten des Mannes erliegen; daß die Tuberkulose gerade in den unheimlichen Schichten zahlreich Opfer fordert und häufig langjähriges Stichtum verursacht. Endlich vertritt eine Anzahl Frauen in jungen Jahren und ist dann oft für sich und die Kinder ganz auf sich selbst gestellt. In allen solchen Fällen können die Leistungen der Invalidenversicherung vom höchsten Werte sein.

Denn diese Leistungen sind, so häufig sie unterschätzt werden, in Wahrheit durchaus nicht zu unterschätzen. Es gibt zunächst zwei Arten von Invalidenrente, diejenige für dauernd Invalide und diejenige für vorübergehend Invalide. Die erstere Rente wird von dem Tage ab, an dem das die Erwerbsunfähigkeit bedingende Leiden unheilbar geworden ist, also unter Umständen schon vom Tage der Erkrankung ab, spätestens aber ein halbes Jahr nach der Erkrankung gewährt, während die sogenannte Krankenrente immer ein halbes Jahr nach der Erkrankung — fortdauernde Erwerbsunfähigkeit von da ab vorausgesetzt — beginnt. Ein halbes Jahr ist ja eine lange, für den in Not befindlichen eine zunächst unendlich lang scheinende Zeit des Wartens; man hat sie eingeführt, weil im Arbeitsleben meist für diese ersten 26 Wochen die Krankenkasse eintritt — eine Erwägung, die aber gerade bei den verheirateten Frauen nur zu häufig nicht zutrifft —; aber die oben genannten chronischen Erkrankungen sind doch häufig mit einer sehr viel länger dauernden Erwerbsunfähigkeit verbunden, ohne unheilbar zu sein, führen also in Epochen, in denen auch die nach Verlauf eines halben Jahres erst einsetzende Krankenrente zu einer großen Wohltat werden kann. Die Rente darf auch ihrem Betrage nach nicht gering genannt werden. Wenn der erstattete Betrag sich auf 40 M. stellt und in der 2. Lohnklasse geklebt worden war, müssen 400 Mark vorhanden gewesen sein. Eine nach 400 Mark 2. Lohnklasse berechnete Invalidenrente stellt sich auf über 140 M., also monatlich auf ungefähr 12 M.; das ist freilich keine recht wesentliche Zuschuß zum Verdienste des Mannes, zumal auf die Zahlung dieses Zuschusses, wenn er einmal bewilligt ist, mit Sicherheit gerechnet werden kann. Die Einstellung eines Erlages für die

fehlende Hausfrau, die Beschaffung von Stützmitteln oder einem Landaufenthalt bei Verwandten usw. wird unter Umständen dadurch erst ermöglicht.

Dazu kommt schließlich die Möglichkeit, daß unter Umständen die Versicherungsanstalt kostenlos die Behandlung erkrankter Versicherter übernimmt, sofern zu erwarten ist, daß dadurch der Verlust der Erwerbsfähigkeit verhütet oder rückgängig gemacht werden kann. Diese Hilfe der Versicherungsanstalten ist natürlich dann von besonderem Werte, wird auch besonders dann gewährt, wenn kostspielige Kuren erforderlich sind, die zu bezahlen dem Versicherten unmöglich sein würde; Kuren, die Monate, unter Umständen ein Vierteljahr und länger dauern, gegebenenfalls wiederholt werden und abgesehen von dem unmittelbaren Erfolge, den Versicherten wertvolle Aufschlüsse über Krankheitsverhaltung und gesundheitsgemäße Lebensweise geben. Für diese Zwecke sind im Jahre 1906 über 12 Millionen, im ganzen bereits über 65 Millionen Mark ausgegeben worden.

Alle diese Vorteile werden mit der Beitrags-erstattung daran gegeben, während sie durch den Verzicht darauf und die Zahlung von monatlich 14 Pfg. erhalten werden könnten. (Es braucht monatlich nur eine Marke geklebt und alle zwei Jahre die Marke umgetauscht zu werden. (Die Redaktion d. D. M.) Wer diese Vorteile ruhig gegen den Wert des einmaligen Erstattungsbeitrags abwägt, wird kaum anders können, als ihnen den weitaus höheren Wert zuzugestehen. Auch wenn die erstattete Summe nützlich angelegt wird — manchmal wird sie für entbehrliche Dinge ausgegeben werden — ist sie nicht zu vergleichen mit dem großen Maß von Sicherheit, welches die Fortdauer der Versicherung gewährt. Eheleute, die ihre Ehe mit dem Verzicht auf die Erstattung beginnen, sichern sich damit einen wirtschaftlichen Halt, der für ihr Leben entscheidend sein kann.

Wir möchten wünschen, daß einige Darlegungen von den weiblichen Versicherten nicht nur gelesen, sondern auch beherzigt würden. Der Anruf, — so müssen wir es nennen — nach Eingehen der Ehe sich die Beiträge erstatten zu lassen, muß beseitigt werden. Aber vielfach, ja wohl meistens, sind die Männer schuld, daß ihre Frauen sich nicht weiter versichern. Sie leben nach den paar Mark, die sie durch die Beitragsersatzung erhalten, ohne zu bedenken, welchen Schaden sie sich dadurch zufügen können. Daß diese Haltung der Männer ein Zeichen sozialer Reife ist, können wir gerade nicht sagen. Letztlich hat der Reichstagsabg. Becker, Mitglied unseres Verbandes, im Reichstag den Vorschlag gemacht: die Standesämter möchten den Brautpaar ein Merkblatt über den Wert der Weiterversicherung für die Ehefrau in die Hand geben. Diese Merkblätter müßten seitens der Landesversicherungsanstalten den Standesämtern zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeitervertreter im Vorstand und Ausschuß der Landesversicherungsanstalten könnten in dieser Beziehung anregend wirken. Unsere älteren Verbandsmitglieder aber bitten wir, diesen Artikel ihren unverheirateten Söhnen und Töchtern in die Hand zu geben, um sie über diese Frage frühzeitig aufzuklären.

Scharfmacher und Arbeiterversicherung.

Es ist hin und wieder nützlich, die Stimmung der Scharfmacher über Sozialpolitik zu kennzeichnen, damit die Arbeiter sich nicht in eine falsche Sicherheit wiegen. Bei der gegenwärtigen Geldknappheit auf dem Industriemarkt, die für gewisse Spekulant und Profitmachern ein Geminnis in ihrer Unersättlichkeit und Profitmacherei bedeutet, spielen sie neidisch auf die Gelder der Arbeiterversicherung. Die „Schlesische Zeitung“, eine der rüdesten Scharfmacherblätter, bringt folgende Notiz:

„Die Berufsgenossenschaften haben bei ihrer Tagung in Mannheim wieder ihre Klagen erhoben über die zu große Ansammlung des ihnen gesetzlich auferlegten Reservefonds für die Unfallversicherung. Die 215 Millionen, die sie zwangsweise aufbehalten haben, werden...

Nach dem Kapital, das sie zu ihren Betrieben brauchen. Wellfäufig scheint sich die Reichsbehörde auch zum Schanden der Berufsgenossenschaften zu verrechnen. Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ hat neulich dem „Reichsrechnemeister“ Geh. Oberregierungsrat Dr. Beckmann einen Fehler von 15 1/4 Millionen nachgewiesen. Das ist ein hübsches Stück Geld, zumal wenn es einem nachher in der Tasche fehlt. Aber wie verschwindend klein erscheint es im Vergleich mit den phantastischen Biffen, mit denen unsere Arbeiterversicherung in ihren drei Zweigen — Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-Versicherung — operiert.

Die Schachanführung ist da schon auf zweidrittel Milliarden gestiegen. Die Urheber unserer sogen. sozialpolitischen Geise haben die Renten und Unterstützungen nicht in gleicher Weise regeln wollen, wie dies mit den Beamtenpensionen geschieht, die aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden. Die Renten der Arbeiterschaft sollen durch Anhäufung von Reservefonds sichergestellt werden, wie dies bei Privatversicherungen geschieht. Nur mit dem Unterschied, daß die Arbeiter selbst nur den kleineren Teil dazu einzahlen, während die Hauptlast auf das Reich und die Arbeitgeber fällt. So laun das Reich einmal bankrott gehen, seine Rentner sind gesichert! Auf diesen Einfall war noch keine Nation der Welt gekommen.

Wenn keine Nation der Welt auf diesen „Einfall“ gekommen ist, so darf das Deutsche Reich sich rühmen, den Opfern des Schlachtfeldes der Arbeit, die ihre gesunden Glieder im Dienst des Kapitals einbüßen, ein gewisses Existenzminimum für alle politischen Wechselfälle gesichert zu haben. Daß die deutsche Industrie diese „Lasten“, die im Grunde genommen nur einen Teil der Produktionskosten bilden, sehr gut tragen kann, das zeigt das Aufwachen derselben unter der Versicherungsgeßgebung.

Zu verständnisvoller Gesinnungsverwandtschaft greift die „Magdeburger Zeitung“ die Notiz der „Schlesischen Zeitung“ auf unter dem Stichwort: „Aus dem Reich der Phantasie“, und fügt aus eigener Initiative hinzu:

„Das Gesamtvermögen der deutschen Landesversicherungsanstalten, das als Garantie für die Alters- und Invaliditätsversicherung dient, belief sich am Ende des Jahres 1905 allein schon auf 1246 Mill. Mark. Wir weisen neulich darauf hin, daß dieses Reisetkapital, das dem Verleher entzogen worden ist, wesentlich beiträgt zu der Geldknappheit, unter der wir jetzt leiden, und dabei nicht einmal den Vorteil bietet, einen namhaften Teil unserer an der Börse flottierenden Staatspapiere festzulegen. Von dieser 1 1/4 Milliarde sind nur drei Prozent in Reichsanleihen und elf Prozent in Staatspapieren angelegt. Das Reich hat im Jahre 1906 zu den Invalidenrenten 47,3 Millionen zugeschoßen. Mit jedem Jahre steigt das noch. Nur 38 Millionen von der angehängten 1 1/4 Milliarde aber sind in Reichspapieren angelegt. Schou das Anstandsgefühl müßte unseren „Sozialpolitikern“ gebieten, das Reich nicht bloß als milchende Kuh zu behandeln, nicht bloß einseitig auf den Vorteil unserer Arbeiterrentiers zu denken, sondern auch ein wenig darum zu sorgen, wie das Reich bestehen soll.

Wie die 1 1/4 Milliarde angelegt ist, das steht im Gutdünken der einzelnen Landesversicherungsanstalten. Schlesien ist noch verhältnismäßig reichs- und staatsloyal mit 21 Prozent (oder 18 Millionen) seines Kapitals in Reichs- und Staatsanleihen. Hannover hat von diesen Papieren nur 0,2 Prozent, Posen jedoch wie nichts. Hingegen hat die Anstalt Hannover die Hälfte ihres Vermögens in Arbeiterwohnungen angelegt und dafür sogar das Lob unserer amtlichen Sozialpolitiker geerntet. Die arbeitertrennliche Absicht ist nicht zu verkennen. Ob aber ein Finanzminister, das vor allem auf Festigkeit der Fundierung zu achten hat, Lob verdient für eine Kapitalanlage, die bei industriellen Zusammenbrüchen oder auch nur bei Verlegung großer Fabriwerke entwertet wird, das ist eine Frage, die sich nur nüchterne Menschen stellen.

Bei der Vermögensanlage in eigenen Grundstücken schießt die Landesversicherung Berlin mit 23 Prozent ihres Kapitals (über 16 Millionen) den Vogel ab. Schleien hat nur 6 Prozent (5 1/2 Millionen) auf die Karte gesetzt und sich doch mit Hohenwiese schon reichlich genug hineingeritten. Darüber sind wir uns doch endlich alle klar. Es gibt wohl keinen vernünftigen Sozialpolitiker mehr, der jene Heilspaltenpalastanlage

nicht als wirtschaftlichen Unfug betrachtet. Unser einziger, allerdings schwacher Trost ist, daß Berlin die Sache noch toller getrieben hat. Die Heilspalten in Berlin haben eine Regelbahn zu 18 000 Mark, vier elektrisch betriebene Drehorgeln zu je 12 000 Mark (man denke: für 48 000 Mark Drehorgelmusik!) und eine Badeanstalt, die den Thermen des Caracalla nachgebildet ist. Der Milliardenausfuch, der über unsere Volkshäupter gekommen ist, steht an grotesker Narrheit dem römischen Casarenwahnsinn nicht viel nach. Dies alles ist unter der wohlwollenden Aufsicht unserer Reichsbehörde, unter den Augen des Grafen Posadowsky und seiner jetzt noch im Amte befindlichen Räte geschehen.

Die Tatsachen, die wir hier anführen, sind kein Geheimnis. Jeder kann sie sich aus den amtlichen Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes und aus den Jahresberichten der Landesversicherungsanstalten herausuchen. Aber wer gibt sich davon Rechenschaft? Prüft man die angeführten Zahlen, so verlieren sie ihre amtliche Gravität und gestalten sich phantastisch märchenhaft, wie eine der schönen Sagen aus Rübezahls Reich oder wie ein Roman von den Marsbewohnern, verfaßt von Kurt Lasswitz. Wenn uns das Märchenwold nur nicht aus der eigenen Taich gezogen würde. — Wohl oder übel müssen wir uns doch entschließen, da etwas näher zuzusehen, wenn unter deutsches Reich nicht ganz zu einem Reich der Phantasie werden soll.

Eine brutalere Verhöhnung unserer Versicherungsgeßgebung, schreibt treffend hierzu das Zentralblatt, ist wohl noch nicht dagewesen. Auch die Unternehmerpresse hat bisher die Leistungen derselben als gegenständig anerkannt, und bei den verschiedensten Gelegenheiten renommiert man damit gegenüber dem Ausland. Wie wenig dies oft aus ehrlichem Herzen kommt, das zeigt die obige Epistel. Wir begnügen uns damit, diese Keußerung des radikalsten Scharfmachertums niedriger zu hängen, und umso mehr sie der Nachachtung unserer Kollegen bei der Agitation zu empfehlen.

Aus der Großeisen-Industrie.

Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation verteilt für das letzte Geschäftsjahr Sechszehnweidrittel Prozent Dividende. Eine Zusammenstellung der letzten Jahre gibt folgendes Bild in Millionen Mark:

	1906/07	1905/06	1904/05
Rohaberschuß	6,0 Mill.	5,5 Mill.	4,6 Mill.
Abreibungen	1,2 Mill.	1,1 Mill.	1,1 Mill.
Reingewinn	4,8 Mill.	4,4 Mill.	3,5 Mill.
Dividende	16% Proz.	15 Proz.	12 Proz.

Die Rheinischen Stahlwerke in Weidenrich, schlagen die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre vor.

Die Düdinger Hochofen-Gesellschaft in Düdlingen in Luxemburg, die bedeutenden Anteil an dem Eisenerzreichtum Lothringens hat, will 35 Prozent Dividende verteilen.

Die Eschweiler-Köln Eisenwerke, Akt.-Gesellschaft in Eschweiler-Pömpchen, erzielte im letzten Geschäftsjahr einen Rohgewinn von über 1 600 000 Mark, gegenüber 923 202 Mk. im Jahre vorher. Als Dividende sollen 10 Proz. (8 Proz. im Vorjahre) zur Verteilung gelangen.

Kürzlich räumte sich die Direktion dieses Werkes in einem gegen den christl. Metallarbeiterverband herausgegebenen Flugblatt, daß am 23. Oktober dieses Jahres 60 000 Mk. an die Arbeiter zur Verteilung kämen als Anteil am Gewinn. Sehr gut! Kein Mensch wird das aber angehts des vorstehenden Reisingewinns als eine besondere „Wohltat“ preisen können, denn die Arbeiter haben den Uebersehuch doch zunächst herausgeschuftet und verdienen dabei zum Teil recht geringe Löhne. Das Renommieren mit den 60 000 Mk. hätte sich der Herr Direktor deshalb besser ersparen können.

Die Rolandschütte, Akt.-Ges. in Weidenau bei Siegen, erzielte einen Rohgewinn von

303 728 Mk. (63 401 Mk. im Jahre vorher) und will nach Abschreibung von etwa 60 000 Mk. eine Dividende von 12 Prozent zur Verteilung bringen. Die Gesellschaft ist voll beschäftigt und bis Ende des Jahres ausverkauft. Im Vorjahre wurde der gesamte Reingewinn von 23 941 Mk. in die Rücklage gestellt.

Die Sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen bei Dresden erzielte im Geschäftsjahre 1906/07 1 016 493 Mk. (im Vorj. Mk. 987 607) Reingewinn bei Mark 546 959 (Mk. 439 658) Abschreibungen. Wiederum sollen 20 Prozent Dividende (wie im Vorjahre) verteilt werden.

Das Fassoneisenwalzwerk L. Mannstädter u. Comp., Akt.-Ges. in Palk, hatte im Geschäftsjahr 1906/07 einen Rohgewinn von 1 173 734 Mark gegen 922 837 Mark im Vorjahre. Nach Abschreibungen in Höhe von 202 259 Mk. gegen 183 848 Mk. im Vorjahre steht zuzüglich des Vortrages aus 1905/06 ein Reingewinn von 1 080 091 Mk. gegen 827 218 Mk. im Vorjahre zur Verfügung. An die Aktionäre sollen 20 Prozent Dividende zur Verteilung gelangen.

Die Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte, Oberpfalz (Bayern) hat ebenfalls ein gutes Geschäftsjahr hinter sich. Bei beträchtlichen Abschreibungen für große Betriebserweiterungen resp. Neuanlagen kommen noch 25,083 Prozent Dividende an die Aktionäre zur Verteilung.

Die Union, Akt.-Ges. für Bergbau Eisen- und Stahlindustrie in Dortmund hat für das Geschäftsjahr 1906/07 einen Rohgewinn von 6 725,951 Mk. aufzuweisen, gegen 5 222,928 Mk. im Jahr vorher. In einer am 5. Sept. in Berlin stattgefundenen Sitzung beschloß der Aufsichtsrat 2 756 932 Mark (2 206 001 Mk.) zu Abschreibungen zu verwenden und 110 977 Mk. (67 522 Mk.) der gesetzlichen Rücklage zuzuführen, sodann der Hauptversammlung vorzuschlagen, auf die Vorzugsaktien D wiederum 5 Prozent (wie im Vorjahre) und auf die Aktien E. 3 Prozent (2 Prozent im Vorjahre) als Dividende zu verteilen, sowie 512 579 Mk. (238 925 Mk.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Im einzelnen ergab der Kohlenbergbau einen Gewinn von 577 118 Mk. (gegen 1 097 434 Mk. im Vorjahre), der Eisensteinbergbau einen Gewinn von 130 805 Mk. (17 901 Mk.), die Dortmunder Werke einen Gewinn von 5 310 214 Mk. (3 614 336 Mk.) und die Hörter Werke einen solchen von 468 887 Mark (417 334 Mk.).

Wie man sieht, wirft die Großeisenindustrie für die Werksbesitzer ganz respectable Gewinne ab und kann gerade dieser Industriezweig auch eine kleine Mehrbelastung für den erhöhten Schutz der Arbeiter, insbesondere die Einführung des Achtstundentages, wohl ertragen, ohne deshalb in ihrer Rentabilität gefährdet zu werden. An den Arbeitern der Eisen- und Stahlwerke wird es jedoch in erster Linie liegen, ob sie den Weg in die Organisation finden und durch deren Einfluß den erhöhten Arbeiterschutz und einen berechtigten Anteil an den hohen Reingewinnen sich zu verschaffen wissen. Werden sich die Hütten- und Metallarbeiter auf das Wohlwollen der Werksbesitzer und die Geßgebung verlassen, ohne sich selbst rühren, dann werden sie eben verlassen sein.

Soziale und gewerkschaftliche Kundschau.

Ein Kaiserwort.

Zunächst der diesjährigen Kaisermanöver hat der Kaiser in Münster eine Rede gehalten, die ein erneutes Bekenntnis zur Fortführung der Sozialreform enthält. Mit Bezug auf das blühende Erwerbsleben der Provinz Westfalen führte der Kaiser u. a. folgendes aus:

nach Feierabend der Arbeiter ein volkswirtschaftliches oder gewerkschaftliches Buch zur Hand nehmen, das, um verstanden zu werden, die ganze Aufmerksamkeit des Lesers beansprucht. Dunkle Lebensbilder, wichtige Streitfragen, trockene Belehrung und lange Apologien sollen nicht die Stunden der Ruhe ausfüllen. Ausmunterung braucht der Arbeiter und von einem frohen Gauche durchweht soll auch das Buch sein, das in Mußestunden zur Hand genommen wird — kurz, ein Unterhaltungsbuch.

Einige Schwarzseher werden vielleicht erschreckt ausrufen: „ein Unterhaltungsbuch? Da werden ja die Mitglieder von den ernstesten Bestrebungen abgelenkt. Ich kenn' den und den und den, die verschlingen auch Romane, sind aber für die Gewerkschaft nicht zu haben.“ Leider nur zu wahr! Tausende und tausende Arbeiter eibi es, die mit Heißhunger Romane verschlingen, ihre sauer verdienten Groschen dafür ausgeben, dabei verderben und zu keiner ernsten Arbeit zu haben sind. Welche Romane aber sind es, die solches Unheil anrichten, den Leser aufregen, der Sitte und Moral entfremden und von jeder sozialen Arbeit abhalten? Zu hundertsten sieht man allwöchentlich den Kolporteur 10 Pf.-Heftchen rundtragen, deren Titelseiten mit großflächigen Nord- und anderen Szenen „geschmückt“ sind. Leider

Einige Gedanken zum Kapitel Geistesbildung.

Von den Segnern der Arbeiterbewegung wird nicht selten der Verwurf erhoben, die Gewerkschaften hätten zwar auf ihrem Programm stehen: „ideelle und materielle Hebung des arbeitenden Standes“, jedoch hätten sämtliche Gewerkschaften bisher nur einseitig an der materiellen Besserstellung der Mitglieder gearbeitet. Wenn auch nicht abzustreiten ist, daß ein Körnchen Wahrheit in der Behauptung enthalten sein mag, ist der Verwurf mit seiner Verallgemeinerung ganz entschieden zurückzuweisen. Ein Studium der Berichte über Versammlungen der christlichen Gewerkschaften zeigt, daß in den Versammlungen der Gewerkschaften Vorträge über die verschiedensten Fragen gehalten werden. Ebenso wird jeder, der die Gewerkschaftspresse nur oberflächlich verfolgt, sofort auf die Tatsache stoßen, daß in den Sachorganen fast lausend an der geistigen Bildung der Mitglieder gearbeitet wird. Ferner ist zu erwägen, daß bei der noch meistens langen, oft noch auf 11—13 Stunden ausge dehnten Arbeitszeit und der den Körper überanstrengenden Arbeit dem Gewerkschaftler die Zeit und geistige Spannkraft fehlt, die manchen freien Ruhestunden mit geistiger Tätigkeit auszufüllen.

trakt fehlt, die manchen freien Ruhestunden mit geistiger Tätigkeit auszufüllen.

Vor einer allgemeinen ideellen Hebung des Arbeiterstandes kann erst dann ernstlich die Rede sein, wenn die Tätigkeit der Gewerkschaften eine materielle Besserstellung der Arbeiter (verkürzte Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes) herbeigeführt hat. Aus diesem Grunde überwiegt — und muß meiner Meinung auch überwiegen — in der Arbeiterbewegung das Bestreben der materiellen Hebung der Mitglieder. Dies kann und soll jedoch nicht ausschließen, daß in Mitgliederversammlungen Vorträge über andere als gewerkschaftliche Fragen gehalten werden. Mit gutem Willen kann man allgemein bildende Vorträge so ausarbeiten, daß sie zur Organisation und zur Mitarbeit in derselben veranlassen.

Außer dem geistreichen Wort hat in der heutigen Zeit auch das geschriebene Wort eine Bedeutung erlangt, wie nie zuvor. Wie nur in der Gewerkschaft nicht einseitig über Gewerkschaftsfragen geirrt werden soll, so soll auch der Lesestoff des Arbeiters nicht nur aus Sachbüchern und volkswirtschaftlichen Broschüren bestehen. Nach einer angestrengten Arbeit will sich nicht nur der Körper erholen, sondern der Geist muß auch seine Entspannung haben. In den letzten Fällen wird

In wirtschaftlicher Beziehung bietet uns die Provinz gleichfalls ein höchst erfreuliches Bild. Es zeigt, daß die großen Erwerbszweige sich einander nicht zu schädigen brauchen und daß die Wohlfahrt des einen auch dem andern zugute kommt.

Im Schoße ihrer Berge ruhen die Schätze, die von fleißigen Händen der braven Bergleute gefördert der Industrie Gelegenheit geben, sich zu betätigen, dieser Industrie, dem Stolz unserer Nation, wunderbar in ihrem Aufschwung, beneidet von aller Welt.

Ich gedenke hierbei auch der Arbeiter, die in den gewaltigen industriellen Unternehmungen vor den Hochöfen und unter Tage im Stollen mit nerviger Faust ihr Werk verrichten. Die Sorge für sie, ihren Wohlstand und ihre Wohlfahrt habe ich als treues Erbe von Meinem in Gott ruhenden Großvater übernommen und es ist mein Wunsch und Wille, daß wir auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge festhalten an den Grundjahren, die in der unvergeßlichen Botenschaft Kaiser Wilhelms des Großen niedergelegt sind.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird diese bedeutenden Kaiserworte mit Freuden vernehmen und den ernstlichen Willen des Landesherrn bezüglich sozialer Fürsorge für den Arbeiterstand anerkennen. Die Gesetzgebung wird hoffentlich diesen kaiserlichen Willen auch zur praktischen Durchführung bringen.

Internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Der 4. Internationale Kongress christlicher Textilarbeiter-Organisationen hielt vom 12. bis 14. August seine Tagung in Zürich ab. Vertreten waren Deutschland, Holland, Belgien, Desterreich, Schweiz, Italien.

leider bilden diese Koportageromane vorwiegend der Lesestoff für die Arbeiterfamilie. Schundromane, Hintertreppenromane in des Wortes schlimmster Bedeutung. Ein Mörder, ein Ehebrecher ist gewöhnlich der Held der Geschichte.

Dabei sind solche Bücher, die mit der Wahrheit nichts zu tun haben, nicht einmal billig. Zwar kostet ein Festchen nur 10 Pfg., jedoch besteht der Schmol gewöhnlich aus hundert und noch mehr Lieferungen, das macht 10 Mark und noch darüber.

Sollen wir dieser Tatsache wegen das Romanlesen ganz verdammen, wie die Schwarzfieber es wünschen? Teils ist dies ganz unmöglich, teils aber auch schädlich. Die starke Verbreitung der Schundliteratur soll nicht zum Kampfe gegen die ganze schöne Literatur heran-

licher Vereinigungen mit besonderen freigestellten Beamten nach deutschem Muster empfohlen. Ferner behandelte der deutsche Verbandsvorsitzende Schierer die Einigungsmethoden in der englischen Textilindustrie. Der Kongress erklärte die Bestrebungen, welche auf Förderung des Tarifvertragswesens in der Textilindustrie und der systematischen Einigungsverhandlungen hinzuleiten, für wichtig und empfehlenswert.

Die „Selbstsucht im“ Cölner Bezirk.

„Nationale Arbeitervereine“, „Werks“, „Hütten- und Arbeiter-“ (?) Vereine, alles Gebilde, die wir unter dem Sammelnamen — Gelbe Gewerkschaften — neuerdings in Deutschland, vornehmlich in Bayern kennen gelernt haben.

In letzter Zeit versuchte ein „großer“ Unbekannter, durch eine noch „größere Aktion“, der Arbeiterschaft alles „Seil“ in der Form eines „nationalen“ Arbeitervereins zu bringen. Wiesdorf, in unmittelbarer Nähe der großen Werke Schmarogerbundes in unserm Gebiet werden, indes die Sache kam anders.

Die Arbeiterschaft von Wiesdorf konnte bei manchen Anlässen Loblieder in allen Tonarten auf die Wohlfahrts-einrichtungen der hiesigen Werke hören; jedoch das Recht der Organisation besteht hier nur auf dem Papier in den Gesetzesbestimmungen, nicht in der Praxis. Wehe den armen Arbeitssklaven, die das gesetzlich gewährleistete Recht des Zusammenschlusses praktisch für sich in Anspruch zu nehmen wagten.

Flugs wurde ein großer Eroberungszug unternommen. Am 31. August sollte die Gründung eines „nationalen“ Arbeitervereins vor sich gehen. Bereits 8 Tage vorher erschien in einem „parteilosen“ Blatt ein Aufruf zur „Einigkeit“ (?) an alle „national“ gesinnten Arbeitnehmer von Wiesdorf.

Fürwahr, wenn durch Phrasendruck die Sozialdemokratie zu vernichten wäre, dann hätte das letzte Stündchen der Wiesdorfer „Genossen“ längst geschlagen. Jedoch diese Art tummeln sich hier nach wie vor in ihrer gewerkschaft-

Als wir um 1/2 9 Uhr den Saal betraten, (auf 8 Uhr Schelle und mit klappernden Kinnladen hebt er an: Ich habe vorher die „nicht national gesinnten“ aufgefordert den Saal zu verlassen, sie sind der Aufforderung nicht gefolgt. Meine Herren, ich mache sie auf mein Hausrecht aufmerksam, ich mache von meinem Hausrecht Gebrauch, und — (die Teilnehmer saßen sich schon im Geiste beim Fragen gefast) — und löse hiermit die Versammlung auf! Allgemeine Verblüffung, die sich jedoch bald in einem schallenden Gelächter auflöste. Und dann fuhr der „National-Gesinnte“ fort: „Die Herren Arbeiter, die gewillt sind, meinem Arbeiterverein beizutreten, bitte ich, mir ins Nebenstol zu folgen.“

lassen, sondern ein Aniporn sein zur Verbreitung von wirklich guten Erzählungen und Romanen. Trost und beiter muß ein Buch sein, das beim Leser Anklang finden soll, die Schilderung muß zur Erweiterung der Kenntnisse des Lesers beitragen, muß bilden, der Held soll bei uns beliebt werden, soll zur Nachahmung anregen, soll erziehen; die Handlung selbst kann, ohne langweilig zu werden, eine Lebensfrage lösen oder eine Lebensregel aufstellen. Das sind die Anforderungen, die man an ein gutes Buch stellen muß.

Gibt es Bücher, die diesen Anforderungen entsprechen? Gewiß, es steht eine ganze Anzahl guter und billiger Bücher zur Verfügung.

Wenn wir nun wirklich Bücher haben, die an literarischen Wert die Schundromane tausendfach überwiegen, dabei eher zur ernsten Arbeit lenken als ablenken und dabei billig sind, was liegt da näher, als daß wir auch in den christlichen Gewerkschaften dazu übergehen, für die Verbreitung solcher Bücher zu sorgen, selbst in den Bibliotheken welche einführen und dadurch die verderbliche Schwaung dämmen und wirklich be-

sprach der „Mutige“ und begab sich ins Nebenstol. Wohl 10 Minuten saß er dort als alleiniges natior gesinntes Lebewesen, die draußen stehenden Intonier schon: „Ich bin allein, allein auf weiter Flur“, da, auf den Mond verbeugt, war der gelbe Seendbote verschwund. So endete die „große Aktion“ des „mutigen“ Un-

Die Arbeiterschaft von Wiesdorf nicht gewillt ist, sich sel nach stärkere Klavenketten anzulegen, so zeigte der 1. Sember, wie die hiesigen Arbeiter einerseits ihre nation Gesinnung befanden, andererseits ihre berechtigten Interes wahrzunehmen wollen. Die christlichen Gewerkschaften Wi dorfs hatten an diesem Tage eine christliche Arbeiterp sammlung einberufen. Dieselbe war so stark besucht, r viele sich mit einem Stehplatz begnügen mußten. Koll Schmiß hielt einen Vortrag über die Frage: „W ach besucht war, hielt unser Bezirksleiter, Kollege Winter, dem der Kassenbericht für das 2. Quartal erstattet war, r längeren Vortrag über gelbe Gewerkschaften. Ausg ab von der Tatsache, daß man zu verschiedenen Zeiten r der Devise: „Für Freiheit“ es versucht habe, die ren Volksschichten für eine bestimmte Idee zu beern, hinterher aber die Kulissen von den herrschenden sen immer wieder so geschoben wurden, daß jene die jogenen waren, versuche man es heute auf Arbeitgeber-, nachdem alle anderen Mittel, wie Aussperrung nach WBC, Aussperrung nach Altersklassen usw. nicht helfen, d Gründung von Streikvorbereitenden, sogenannten svereinen, die aufstrebende Arbeiterschaft niederzuhal-

Die gewaltige Entwicklung der deutschen Gewerks- iten in den letzten Jahren, lasse die Unternehmer mit r Deutlichkeit den Zeitpunkt voraussehen, wo sie durch Macht der Organisationen gezwungen werden, dieselben gleichberechtigt anzuerkennen, beziehungsweise Tarif- träge mit ihnen abzuschließen. Um diesen Zeitpunkt h recht lange hinauszuverschieben, lasse man es sich hntausenden von Mark kosten, um diejenigen, die nie r werden, an sich zu fesseln, und die Gewerkschaften lahm legen.

Durch mehr wie zweifelhaftes Wohlfahrts-einrichtungen rden die Arbeiter verleitet, das ihnen von der Gesetz- dung gewährleistete Koalitionsrecht preiszugeben. Lohn- züge und dergleichen seien seien unabwehrliche Folgen der Gründungen und dann werde der Unternehmer noch endreiu als Wohlthäter gefeiert. Mit der Aufforderung, entwegt treu zum Verbands zu halten, schloß Kollege unter seinen Vortrag. In der Diskussion wurde die Ge- hrlichkeit dieser „Gelben“ einer eingehenden Beleuchtung hritterzogen. Die beiden nächsten Punkte der Tagesordnun arden des schwachen Versuches wegen zur nächsten Ver- mmlung zurückgestellt und hierauf die Versammlung ge- löst.

Große Erbitterung hat es in der Arbeiterschaft herbor- rufen, daß die Firma Krupp Grusonwerke in letzter Zeit Erholungsheim für ihre Arbeiter erbaut hat, und die Firma Krupp Grusonwerke im Harz, welches aber nur für die itglieder des gelben Verbands bestimmt sein soll. Es rde nämlich einem Arbeiter, der sich zur Kur nach dem holungsheim gemeldet hatte, erklärt, (die Erklärung der itglied des Arbeitervereins ist, weil er nicht Mitglied des Arbeitervereins ist, da kommen nur Mitglieder un- des Vereins hin“. Wer nun von den Arbeitern r Grusonwerks glaubt, erholungsbedürftig zu sein, und das von der Firma erbaut Heim aufsuchen, der muß Mitglied des gelben Arbeitervereins werden. Wenn dem ist, dann verzögert die organisierten Arbeiter des Werks f diese „Wohltat“, denn um eine Erholung von einigen rden verkaufen dieselben ihre Ueberzeugung nicht, sondern rhen sich noch fester in ihre Organisation zusammen- rließen. Soweit sind wir auf dem Grusonwerke noch ht, daß wir sagen können, hier ist alles gut, denn es rhen hier Mißstände über Mißstände, und die Löhne r sprechen auch nicht den heutigen Verhältnissen. Es ist r schon manches durch die Organisation geschaffen, es aber auch noch viel zu tun, und soll auch noch mehr ge- assen werden: das kann aber nur dann erreicht werden, un die Kollegen fest zusammenstehen und nicht von der hne weichen. Lassen wir diejenigen bedauernswerten rauen, die sich dem Arbeiterverein bereits angeschlossen rhen, links liegen, denn an eine Ueberzeugung bei diesen gen ist nicht zu denken, die haben keine.

Vertracht, daß durch den Lohn des vorstehende den Tat- stenswertes für die ideale Hebung des Arbeiterstandes fellen.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat seit Jahresfrist einen Buchhandel errichtet, der m. W. sich bis dato auf die gewerkschaftliche, sozialpolitische und volkswirtschaftliche Literatur beschränkt. M. G. würde sich der Gesamtverband ein Verdienst erwerben, wenn er die Einrichtung auch auf das Gebiet der schön- geistigen Literatur ausdehnen und wirklich gute, ein- wandfreie und vor allem erziehend wirkende Bücher den christlichen Arbeitern zugänglich machen würde.

Erfreulich ist es auch, daß man schon an manchen Orten von den christlichen Gewerkschaften Theaterabende veranstaltet hat. Die — wenn sie sorgfältig arrangiert sind und eine gute Auswahl der Stücke getroffen ist — wesentlich zur geistigen Hebung des Arbeiterstandes beitragen. Mögen sich die Veranstalter, wenn ihnen die Arbeit zu schwer dünkt, vor Augen halten: jeden, den sie vom Besuch der zweifelhaften Vergnügen fernhalten und etwas gutes dafür bieten, ist vielleicht für unsere Sache gewonnen.

des Arbeiters verweigert und der Weg geebnet wird zu gemeinsamem Zusammenarbeiten von Meister und Gesellen. Auf diesem Weg wird auch das Bewußtsein gefördert, daß beide Teile im Grunde genommen gemeinsame Interessen haben. Es bleibt doch zu wünschen, daß das Bewußtsein sich immer mehr durchdringen möge, daß Verträge dazu da sind, um von beiden Seiten gehalten zu werden. Auch sollten wir danach gelangen, daß die Tarifverträge möglichst auf längere Zeit, als dies bisher zumeist üblich war, abgeschlossen werden.“ Sehr oft handeln manche Handwerksmeister gegen den hier gezeichneten Standpunkt. Und darum kann es nur nützlich sein, wenn von leitender Stelle der Handwerkerbewegung über Tarifverträge ein objektives Urteil gefällt wird. So nach und nach verschwinden dann doch jene rückständigen Ansichten, die neue Schäden und Unheil anstiften.

Gelegenheit als ihr Verdienst beanspruchen, so zeigt das eben, daß sie sonst recht wenig Verdienste um die Arbeiter aufzuweisen haben. Wir können dem Regulator verraten, daß schon wiederholt Mitglieder der Krupp'schen Penjionskasse auf Betreiben des christlichen Metallarbeiterverbandes ihre eingezahlten Beiträge eingeklagt haben, aber leider immer wegen angeblicher Unzuständigkeit des Gewerbegerichts abgewiesen wurden. Wenn das Friemersheimer Gewerbegericht erfreulicherweise mit diesem bequemen System endlich gebrochen hat, so ist das wahrlich kein besonderes Verdienst des Hirsch-Dunder'schen Verbandes. Den läppischen Angriff des Regulator weisen wir daher als unangebrachte Enttäuschung und Enttäuschung ganz entschieden zurück. Mag er zunächst einmal seinem Bruderorgan in Düsseldorf, das noch kürzlich einen Artikel aus der sonst von den Hirsch-Dundern besetzten Köln. Volksztg. ohne Quellenangabe abdruckte, die Grundregeln journalistischer Ehrlichkeit predigen. Bei uns ist's nicht notwendig.

Die deutschen Arbeitgeberverbände

hielten in den letzten Tagen in Kassel ihre 8. Arbeitsnachweiskonferenz ab. Man beschäftigte sich sehr eingehend mit der Einführung sogenannter gemischter Arbeitsnachweise, die Arbeitern aller Branchen Arbeit nachweisen, während die Arbeitgeberverbände bisher die Tätigkeit ihrer Arbeitsnachweise auf bestimmte Branchen beschränkten. Man hofft durch diese gemischten Nachweise den Arbeitern schnell und kostenlos die der Individualität und Leistungsfähigkeit entsprechende Arbeitsstelle verschaffen zu können. Interessant ist das Experiment, das man nach dem folgenden Satze mit der Verpflanzung von Saisonarbeitern in die Landwirtschaft vorzuhaben scheint. In einem halbhoftischen Berichte heißt es nämlich: „Die für die Mitglieder des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände obligatorischen Arbeitsnachweise erleichtern es den Arbeitsvermittlungstellen sehr, die steigende Zahl der Arbeit nachsuchenden gelernten und ungelerten Arbeiter in passende Stellen unterzubringen, namentlich sei dies mit Hilfe der den Bestrebungen günstig gestimmten landwirtschaftlichen Betriebsleiter und Grundbesitzer auch bei Saisonarbeitern der Fall.“

Darf ein Sozialdemokrat Arbeitgeber sein?

Diese Frage wurde vom sozialdemokratischen Wahlverein des vierten Berliner Wahlkreises in der letzten Sitzung in längerer Debatte erörtert und im verneinenden Sinne entschieden. Gegen den Tischlermeister Beege, der seit einem Menschenalter beinahe der Partei angehört und als Vorstandsmitglied der freireligiösen Gemeinde zu Berlin eine Rolle spielt, ist das Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil er als Arbeitgeber sich den Aussperrungsbeschlüssen des Arbeitgeberverbandes für das Holzarbeitergewerbe unterworfen hatte. Beege verteidigte seine Haltung mit dem Hinweis, daß das Parteiprogramm keinem Ausschluß Grund biete. Er sei gezwungen gewesen, als Arbeitgeber sich seiner Organisation anzuschließen. Er habe die von ihm beschäftigten Arbeiter so gut behandelt, als es ihm möglich war, aber seine Leute hätten in ihm nur den Arbeitgeber und nicht den Genossen gesehen. Er sei deshalb gezwungen gewesen, sich der Arbeitgeberorganisation anzuschließen. Wenn er, der 33 Jahre der Partei angehört, für die Partei gekämpft und gearbeitet und seinerzeit ausgewiesen sei, und nun ausgeschlossen werde, so müsse man fragen, ob ein Arbeitgeber der sozialdemokratischen Partei überhaupt angehören könne. Das wurde von den nachfolgenden Rednern verneint. Konsequenterweise könnten die Arbeitgeber der Partei nicht angehören, da sie doch über kurz oder lang in Konflikte mit der Arbeiterklasse gedrängt würden, die ihr Verbleiben in der Partei unmöglich machen. Der Ausschluß Beeges wurde mit großer Mehrheit dann von der Versammlung angenommen.

Bestraute „Brüderlichkeit“.

Ein Akt sozialdemokratischer Hoheit wurde am Mittwoch, den 17. Juli, vor dem Schöffengericht in Karlsruhe verhandelt. Auf dem Neubau Wilhelm Stober in Karlsruhe arbeiteten nur rot-organisierte Maurer. Es hing dort auch der christlich-organisierte Maurer Wilhelm Brunner an zu arbeiten. Das konnten sich die Freiheitshelden nicht gefallen lassen. Da hieß es gleich, ein Christlicher darf bei uns nicht arbeiten. Von dem Baudelegierten Wenzel wurde ihm sofort das Verbandsbuch aberlangt und ihm sofort kurzweg erklärt, daß, wenn er bis Montag kein anderes Buch bringe, er bei ihnen nicht arbeiten könne. Als Wenzel nun am Montag die Bücher revidierte, hatte sich natürlich Brunner noch nicht umtauschen lassen. Hatte er nun während der Woche schon vieles über sich ergehen lassen müssen, so war es aber jetzt um ihn geschehen, wie die Wilden jenseit nun alle über ihn her, besonders Wenzel und ein gewisser Beis. Die Schmeichelworte wie christlicher Schutz, Lumb Streikbrecher genügten nicht mehr; mit Bestrafungen wurde Brunner von den erleuchteten Brüdern bearbeitet. Auch wurde ihm erklärt: „Wenn Du bis 6 Uhr noch hier bist, gehst Du nicht wieder zum Bau hinaus.“ Brunner mußte nun die Baustelle verlassen. Wegen dieser Betätigung der „Brüderlichkeit“ wurde Wenzel zu vier Wochen und Beis zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Jedenfalls ist diese Strafe eine Warnung für die anderen, wenn es sie auch einmal gelüßen sollte, die sozialdemokratischen Freiheitshelden an Andersgearteten in solcher Weise brutal zu betätigen.

Anzeichen der Krise.

Für die Eisenausfuhr müssen sehr ungünstige Aussichten vorhanden sein, wie es aus wiederholten Auslassungen interessierter Kreise hervorgeht. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Kohlen- und Stahlbarone, brachte neuerdings folgende Zuschrift aus Exportkreisen der Eisenindustrie: Die Situation im Exportmarkte hat sich inzwischen weiter verschlechtert. Die Nachfrage von allen Märkten bewegt sich in den geringsten Mengen und die Berichte, sowohl von dem Osten als auch von Südamerika lassen nicht auf eine demnächstige Besserung der Nachfrage schließen. Infolgedessen sind die Preise auf allen Gebieten nicht unerheblich zurückgegangen, wobei die belgischen Werke die Führung übernommen haben. Flußstabeisen ist mit 125 Mk. pro Tonne job. Antwerpen leicht erhältlich. Grobbleche zu 130.— bis 132.—. Die deutschen Werke müssen notgedrungen folgen, da sich bei einigen Mangel an Spezifikationen jühlbar zu machen scheint. In der Hauptsache scheint es an Bedarf für Feineisen zu mangeln, wohl in Folge des Nachlassens der Bautätigkeit im Inlande. Träger sind unverändert zu 119.— job. Antwerpen angeboten, jedoch bietet die zweite Hand etwas unter diesem Preise an. Die Situation ist zurzeit zweifellos ohne nicht normal, wenn man den Preis für Stabeisen von 125.— mit jenem für Träger von 119.— vergleicht. In Händlerkreisen neigt man zu der Ansicht, daß der Stahlwerksverband unter diesen Umständen zu einer Reduzierung seiner Preise schreiten würde. Ein solcher Schritt würde jedoch voraussichtlich keine Besserung, sondern nur eine weitere Zurückhaltung hervorrufen und wahrscheinlich zu einer vollständigen Demoralisierung des Marktes führen. Bleibt der Verband fest, so wird sich die Ueberfülle Nachfrage doch wohl früher oder später betätigen müssen, weil die Läger, wenn zurzeit auch noch reichlich versehen, doch schließlich erneut werden müssen. Eine Reduzierung der Preise würde nur zu einer neuen Ueberfüllung der Märkte führen, ohne eine Gesundung im Gefolge zu haben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Grüne. Die Kettenhämmer bilden in unserer an Natur Schönheiten so reichen Gegend das Hauptkontingent der gewerblichen Arbeiter. Gerade diese Arbeitergruppe ist aber seit jeher in sehr traurigen Verhältnissen gewesen. Deshalb versuchten sie in Anbetracht der günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer sehr verbesserungsbedürftigen Lage eine Revision der Afforde vorzunehmen. Dies war leichter gesagt als getan. Die Mehrzahl der Kollegen ist unorganisiert, das besagt alles. Deswegen war es auch nicht möglich, die Forderung an die gesamten Fabrikanten zu stellen und so wurde dort ein Versuch gemacht, wo die Organisationsverhältnisse es ermöglichen. In Anwesenheit unseres Bezirksleiters wurden die Forderungen formuliert und eines unserer Arbeiterausschlußmitglieder beauftragt, in der nächsten Sitzung dieselbe zu vertreten.

Von Seiten des Werkes wurde eine Prüfung der Forderung zugesagt. Es müsse aber Rücksprache mit den anderen Fabrikanten genommen werden. Soweit wäre alles gut gewesen, aber am Schlusse der Sitzung zeigte sich der Pferdefuß. Zwei Arbeiter, ein „freier“ und einer von denen, die immer dabei sind, wenn nichts kostet, hatten ihre Kameraden denunziert bei der Fabrikleitung. Dieses war ja ein willkommenes Anlaß für den Firmenvertreter, um dem Arbeiterausschluß zu erklären, daß er in Zukunft jeden „Aufwiegler“ etc. entlassen würde. Daß solche Nichtsnutzigkeiten (Denunziation) nicht dazu beitragen, bei Lohnbewegungen die Position der Arbeiter zu stärken, versteht sich am Rande, legt aber auch gleichzeitig die Vermutung nahe, daß solche Handlungsweise einen solchen Grad von Verkommenheit zeigt, der es anständigen Arbeitern unmöglich macht, diese „nützlichen“ Elemente noch weiter als Kollegen zu betrachten. Trotz dieser Schwierigkeiten ist bei der Bewegung für die Kollegen noch etwas herausgekommen, für die Nummern von 8—10 nun soll in Zukunft pro kg 1/2 Pfg. mehr gezahlt werden. In der elektrischen Abteilung werden durchweg von jetzt an 25—30 Pfg. pro 30 Meier mehr gezahlt.

Das Vorgehen der Arbeiter scheint der Firma nun nicht angenehm zu sein, die Denunzierung der beiden Ausschlußkollegen benutzt sie zu folgendem Akt:

„Seit einiger Zeit fühlen sich einige Arbeiter berufen, unter unseren gutgeheueren Arbeitern den Geist der Zorntracht und Unzufriedenheit zu erwecken. Auch erdreistet man sich, seine Mitarbeiter, die auf Ordnung in der Fabrik sehen, und mit ihren Arbeitskollegen in Frieden zu leben befreiben sind, zu verhöhnen und zu beleidigen.“

Zu meinem Bedauern sehe ich mich veranlaßt, härtere Maßregeln zu ergreifen, um solche Niederträchtigkeiten zu verhindern. Wer sich daher Ungehörigkeiten zuschulden kommen läßt, wird sofort ohne Kündigung entlassen. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß jedwede Agitation verboten ist. Wer sich der bestehenden Arbeitsordnung nicht

Unangebrachte Enttäuschung.

Der „Regulator“ Nr. 36 möchte den Enttäuschten spielen, daß wir das Urteil des Friemersheimer Gewerbegerichts betreff Krupp'scher Penjionskasse wieder gegeben hätten, ohne die angeblichen Verdienste des Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereins dabei zu erwähnen. Dieses Verdienst soll darin bestehen, daß der betreffende Arbeiter Mitglied des Hirsch-Dunder'schen Verbandes ist und die Klage auf Anraten eines Hirsch-Dunder'schen Arbeitersekretärs anhängig gemacht habe. Weil wir dieses nicht erwähnt haben, erlaubt sich das Hirsch-Dunder'sche Organ die Bemerkung, das sei bezeichnend für unsere journalistische Ehrlichkeit.

Darauf haben wir folgendes zu sagen: Der Wortlaut des Urteils wurde in mehreren Tageszeitungen veröffentlicht und ist jedem zugänglich. Aus einer Duisburger Tageszeitung haben wir es auch entnommen. Es ist aber eine — gelinde gesagt — recht unbestimmene Annahme, wenn die Hirsch-Dunder dieses Urteil als ihr Verdienst oder gar als ihr geistiges Eigentum betrachten wollen. Das Urteil ist ein amtliches Dokument eines Gewerbegerichts und der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein ist an demselben ebenso unschuldig, wie der christliche oder ein anderer Verband. Wenn die Hirsch-Dunder die An-

anpassen kann, und mit seinen Mitarbeitern nicht im Frieden leben will, möge gehen woher er gekommen ist.
Grüne, 9. August 1907.

S. Schlieper Sohn.

Wenn Arbeitgeber usw. mit allen erlaubten Mitteln ihre widersprechende Kollegen über die Notwendigkeit der Organisation aufklären, dann ist das höchst ehrenhaft, tuts aber der Arbeiter, dann ist's hegen. Demuziert in andern Gesellschaftsklassen jemand seinen Kollegen, und es kommt ans Tageslicht, dann ist er gesellschaftlich gerichtet, passiert aber in Arbeiterreisen, dann soll es höchst ehrenhaft sein. Wenn von der Firma auf die Dauer nach diesen Grundsätzen gehandelt werden soll, kann die Verläumdung in Reinkultur betrieben werden. Alle ehrlichen, anständigen Arbeiter haben aber den Schaden davon, und es ist bewiesen, daß durch das unbilligere Verhalten dieser „Lieblinber“ die ehrlichen Arbeiter betrogen werden.

Ihr ehrlich- und rechtbedenkenden Kollegen, wie lange wollt ihr euch das noch bieten lassen? Streift die Laune ab, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, dann wird es besser werden.

Gelsenkirchen. (Nachklänge zum Klempererstreik.) Wie bekannt, wurde der hiesige Klempererstreik am 24. August d. J. beendet und am Montag, den 26. August d. J. die Arbeit wieder aufgenommen. Dazu schrieb nun das sozialdemokratische Volksblatt in Bochum am Montag, den 26. August folgende Notiz: „Siegreicher Streik. Gelsenkirchen, 26. August. Der vom deutschen Metallarbeiter-Verband geführte Streik der Klemperergehilfen ist nach 11wöchentlicher Dauer mit vollem Erfolge beendet worden usw.“ Es ist nun jedem denkenden Menschen klar, daß diese Notiz den Eindruck hervorzurufen sollte, als ob der deutsche Metallarb.-Verb. den Streik allein geführt hätte, trotzdem der Christliche von Anfang und der S.-D. Verband nachher sich ebenfalls an dem Streik beteiligt hatten.

Diese von den „Genossen“ betriebene Ausschneiderei und Irreführung der öffentlichen Meinung haben wir in unserm Organ zurückgewiesen und gefragt, ob's denn den Genossen gar so schwer falle, bei der Wahrheit zu bleiben. Das hat die führenden Geister des sozialdemokratischen Verbandes arg in Harnisch gebracht und sie schimpfen im roten Volksblättchen nach echt Mehring'scher Art. Dabei schwindeln sie aber so kreist, daß doch nicht alles unwidersprochen bleiben kann. Der rote Schimpfapostel behauptet, es wären beim „freien“ Verband beim Eintritt in den Streik 94 Klemperergehilfen laut Liste zu zählen gewesen. Während der christliche Verband nur 3 Mitglieder gehabt hätte. Tatsächlich hatte der christliche Verband 11 Mitglieder und der sozialdemokratische nach Aussage eigener Kollegen kaum 47, also die Hälfte von 94. Ferner behauptet das „Volksblatt“, es wäre einer von den Christlichen Streikbrecher geworden. Wie liegt die Sache nun? Ein Kollege hat zwei Tage während des Streiks gearbeitet, dann aber gleich auf Anweisung der Christl. Verbandsleitung die Arbeit niedergelegt. Daß aber vom sozialdemokratischen Verband, wie wir bestimmt wissen, 3 Mann Streikbrecher waren, verschweigt Herr Feige im Volksblatt.

Auf das Geschimpfe bezügl. Jesuitenmoral usw. einzugehen, halten wir unter unserer Würde, da wir aus Erfahrung wissen, daß bei jeder Auseinandersetzung bei den roten die Religion die Hauptrolle spielt. Den Gassenhauer und die Anempfehlungen von Personen überlassen wir ruhig dem „Intelligenz“!! und dem vollen Bosheit schimpfenden Genossen K... Das er so weidlich schimpft, beweist uns, daß die kurze Notiz im deutschen Metallarbeiter das Richtige traf. Ein Sprichwort sagt, wer schimpft, hat Unrecht. Das Gebläse der Genossen kann uns jedoch nicht abhalten, jetzt noch energischer für die Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes Sorge zu tragen. Sch.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Fernung vor dem Bezug fort.

Osnaabrück. In der Gasuhrfabrik Kromschöder stehen die Arbeiter im Ausstand.

Düffeldorf. Bei der Firma Wöste & Comp. (Hüttingwerk) sind sämtliche Schmiede und Zuschläger in den Ausstand getreten.

Ahlen. In den Messfälligen Stanz- u. Emailierwerken Differenzen wegen Maßregelung.

Hannover-Linden. Die Bauhölzer stehen im Streik.

Ahlen i. W. Ueber die Stanz- und Emailierwerke Gebr. Seiler ist die Sperre verhängt.

Lampertheim. Die Arbeiter der Süddeutschen Drahtindustrie Waldhof stehen in einer Lohnbewegung.

Ruppichterath (Bröhlthal). Bei der Firma Gebr. Willaß, Möbelschloß- und -beschlägefabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt.

Friedenthal (Siegburg). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

Wetzlar (am Rhein). Auf der Adelenhütte sind Differenzen infolge schlechter Behandlung und sonstiger Mißstände ausgebrochen.

München. Sämtliche organisierte Gürtler, Metallarbeiter, und Schleifer sind ausgesperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche Edelmetallarbeiter ausgesperrt.

Falken. Die Arbeiter der Draht- u. Schraubenfabrik Falken stehen in einer Bewegung.

Lünen. Bei der Firma Gottfr. Quittmann stehen die Kollegen in einer Lohnbewegung. Klempner, Schlosser usw. fernhalten.

Schw.-Gmünd. Die Firma Joh. Herzer ist bis auf weiteres für Ringarbeiter und verwandte Berufe gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. September der achtunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 22. September 1907 fällig.

Die Ortsgruppen Lünen i. W., Darmstadt, Emmenrich und Billingen erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Offenbach. Am 26. August fand im Saale des „Schützenhofes“ eine öffentliche Versammlung christlich-nationaler Arbeiter statt, die einen recht guten Besuch aufzuweisen hatte. Der Referent des Abends, Arbeitersekretär Klost aus Esen a. Rh. sprach über das Thema: Die Grundzüge und Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Er verstand es in seiner nahezu zweistündigen Rede in packender Weise den Zuhörern ein treffendes Bild darüber zu zeichnen. Hatten seine Ausführungen bei allen Zuhörern reichen Beifall geerntet, so war bei dem ersten Diskussionsredner, der sich als Genosse vorstellte, gerade das Gegenteil der Fall. Dieser „veräppelte“ einen solchen Unjinn, daß ihm schließlich nach verbitterten Mahnungen sich an die Sache zu halten, von dem Vorsitzenden der Versammlung das Wort entzogen wurde. Ein zweiter Diskussionsredner stellte sich als Anarchist vor und bekannte sich als Nihilist. Er behauptete schließlich, es gibt keinen Gott und auch keine Gerechtigkeit, nur Klassenkampf und Klassenstreik können helfen, vergaß aber Beweise für seine Ausführungen zu bringen.

Der in der Versammlung anwesende Zentralvorsitzende wieder aus Duisburg belehrte diesen Redner in einer klaren überzeugenden Art, an der jeder seine Freude hatte, daß die Dinge doch anders liegen; wer sich auf den Standpunkt eines vernünftigen Tieres stelle, habe auch kein Recht, von seinem Mitmenschen, die besser gestellt sind, eine andere Behandlung zu verlangen. Wo sind die Lehren, die solche Selbstauspöfferung für die leidende fränke Menschheit aufweisen können, wie das Christentum? Von welchem Recht will derjenige, der sich außerhalb des Rechts stellt, seine Forderungen ableiten? Ein jeder kann schließlich ein Kunstwerk mit Leichtigkeit verrichten, aber um dasselbe erstehen zu lassen, dazu braucht man Künstler, die Gaben besitzen, die nur einmal nicht jedem gegeben sind.

In seinem Schlusswort sagte Arbeitersekretär Klost nochmals die Resultate des Abends kurz zusammen und bewies, wie die Massenstreiks noch immer verloren gegangen seien und der Arbeiterschaft rein garnichts an Vorteil gebracht haben. Auch die darwinistische Lehre wird heute schon selbst von atheistischen Gelehrten verworfen. Wir stellen uns auf den Boden des Christentums und hat dessen Geschichte bewiesen, daß nur auf diesem Boden es möglich ist, sowohl dem Arbeiterstand wie auch allen Ständen die Kulturgüter zu erhalten und zugänglich zu machen. Darum kann es für eine christlich- und nationaldenkenden Arbeiter nur eine Parole geben, hinein in die christlichen Gewerkschaften. Folgende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die heute am 26. August 1907 im großen Saale „zum Schützenhof“ tagende öffentliche Versammlung der christlich-nationalen Arbeiterschaft Offenbachs pflichtet den Ausführungen des Referenten Arbeitersekretärs Klost vollkommen bei. In der Erwägung, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nur allein in der Lage ist, die dauernde Sehung der Arbeiterschaft herbeizuführen, erwartet die Versammlung, daß alle christlich-national gesinnten Arbeiter Offenbachs sich ihren Berufsverbänden in den christlichen Gewerkschaften anschließen. Die Versammlung verurteilt auf das Entschiedenste das Bestreben der Arbeitgeber, sogenannte Arbeiterverbände zu gründen und zu fördern, wie es die gelben Gewerkschaften sind, und verpflichtet sich mit Nachdruck für Aufklärung in der Arbeiterschaft und zur Förderung der christlichen Gewerkschaften einzutreten.“ Die Versammlung wurde kurz vor 1 Uhr nachts, bis zu welcher Stunde die zahlreichsten Zuhörer wegen der hochinteressanten Debatten standhaft ausblieben, von dem Vorsitzenden mit einem Hoch auf die Zukunft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, das brausend, durch den Saal schallte, geschlossen.

Magdeburg. Wenn jeherzeit, als wir die Organisation des gelben Werkvereins auf dem hiesigen Krupp-Grusonwerke an die Zentrale berichteten, die Verbandszeitung die Bemerkung machte: „Was bei der sprichwörtlich gewordenen Charakterlosigkeit der Magdeburger Arbeiterschaft möglichst gewesen ist, das wird sich hoffentlich die Arbeiterschaft Magdeburgs nicht bieten lassen“, so war damit die Charakterstärke der Magdeburger Arbeiter zu hoch eingeschätzt. Was in Magdeburg möglich wurde, das spielt sich in verbesserter Auflage gegenwärtig in Magdeburg ab. Die Zerplitterung der Arbeiter unter sich, das Schmarotzertum und die Liebedienerei gegenüber dem Unternehmern, feiern hier augenblicklich wahre Orgien, woran die Unternehmer ihre helle Freude haben müssen. Politische Gewerkschaften, Reichstreu Arbeitervereine, Werkvereine und wie sie alle heißen und ein jeder rennt dorthin, von wo ihm bei den niedrigsten Beiträgen die höchsten Leistungen versprochen werden, unbekümmert um seine Ueberzeugung.

Aufklärung über die Zwecke und Ziele dieser Scheinorganisationen tut den Arbeitern bitter not. In unserer Generalversammlung am 18. August, welche leider wieder schwach besucht war, hielt unser Bezirksleiter, Kolleg Winter, nachdem der Kassenbericht für das 2. Quartal erstattet war, einen längeren Vortrag über die gelbe Gewerkschaften. Ausgehend von der Tatsache, daß man zu verschiedenen Zeiten unter der Devise: „Für Freiheit“ es versucht habe, die unteren Volksschichten für eine bestimmte Idee zu begeistern, hinterher aber die Kulissen von den herrschenden Klassen immer wieder so geschoben wurden, daß jene die Betrogenen waren, verjuchte man es heute auf Arbeitgeberseite, nachdem alle anderen Mittel, wie Aussperrung nach dem ABC, Aussperrung nach Altersklassen usw. nicht helfen, durch Gründung von Streikbrechervereinen, sogenannten Werkvereinen, die austretende Arbeiterschaft niederzuhalten. Die gewaltige Entwidlung der deutschen Gewerkschaften in den letzten Jahren, lasse die Unternehmer mit aller Deutlichkeit den Zeitpunkt voraussehen, wo sie durch die Macht der Organisationen gezwungen werden, dieselben als gleichberechtigigt anzuerkennen, beziehungsweise Tarifverträge mit ihnen abzuschließen. Um diesen Zeitpunkt noch recht lange hinauszuschieben, lasse man es sich Hunderttausenden von Mark kosten, um diejenigen, die nie alle werden, an sich zu fesseln, und die Gewerkschaften lahm zu legen.

Durch mehr wie zweifelhaftige Wohlfahrtsleistungen werden die Arbeiter verleitet, das ihnen von der Gesellschaft gewährleistete Koalitionsrecht preiszugeben. Lohnabzüge und dergleichen seien seien unausbleibliche Folgen dieser Gründungen und dann werde der Unternehmer noch obendrein als Wohltäter gefeiert. Mit der Aufforderung, unentwegt treu zum Verband zu halten, schloß Kolleg Winter seinen Vortrag. In der Diskussion wurde die Gesährlichkeit dieser „Geiben“ einer eingehenden Beleuchtung unterzogen. Die beiden nächsten Punkte der Tagesordnung wurden des schwachen Besuches wegen zur nächsten Versammlung zurückgestellt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Große Erbitterung hat es in der Arbeiterschaft hervorgerufen, daß die Firma Krupp Grusonwerke in letzter Zeit ein Erholungsheim für ihre Arbeiter erbaut hat, und zwar in Hagerode im Harz, welches aber nur für die Mitglieder des gelben Werkvereins bestimmt sein soll. Es wurde nämlich einem Arbeiter, der sich zur Kur nach dem Erholungsheim gemeldet hatte, erklärt, (die Erklärung der Direktion) weil er nicht Mitglied des Arbeitervereins ist, habe es nicht, „da kommen nur Mitglieder unseres Vereins hin“. Wer nun von den Arbeitern des Grusonwerkes glaubt, erholungsbedürftig zu sein, und will das von der Firma erbaute Heim ansuchen, der muß erst Mitglied des gelben Arbeitervereins werden. Wenn dem so ist, dann verziehen die organisierten Arbeiter des Werks auf diese „Wohltat“, denn um eine Erholung von einigen Tagen zu verlassen dieselben ihre Ueberzeugung nicht, sondern werden sich noch fester in ihre Organisation zusammenschließen. Soweit sind wir auf dem Grusonwerke noch nicht, daß wir sagen können, hier ist alles gut, denn es bestehen hier Mißstände über Mißstände, und die Löhne entsprechen auch nicht den heutigen Verhältnissen. Es ist hier schon manches durch die Organisation geschaffen, es ist aber auch noch viel zu tun, und soll auch noch mehr geschaffen werden: das kann aber nur dann erreicht werden, wenn die Kollegen fest zusammenstehen und nicht von der Nähe weichen. Lassen wir diejenigen bedauernswerten Schanden, die sich dem Arbeiterverein bereits angeschlossen haben, links liegen, denn an eine Ueberzeugung bei diesen Leuten ist nicht zu denken, die haben keine.

Anm. der Redaktion! Wenn das vorstehende den Tatsachen entspricht, hat das Krupp'sche Grusonwerk von den Magdeburger „gelben“ Kunstgärtnern sehr gut gelernt. Die Direktion der Magdeburger Maschinenfabrik gibt ihren „gelben“ Truppen für ihr Koalitionsrecht eine Pensionsskaffe der eine Extrarumme von 200 000 Mark vom Herrn Direktor Buz geschenkt wurde, ferner Weihnachtsgeschenke (eine Düte voll Geldes) und sonstige ichöne Sachen. Das Grusonwerk schenkt seinen gelben Schutztruppen ein Erholungsheim für treue (noch zu erwartende) Dienste. Ihr Geld, was wollt ihr noch mehr! Selbstbewußten Arbeitern aber muß die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn sie sehen, wie hier Arbeiter sich gegen ihren eigenen Stand mißbrauchen lassen.

Unter Eichen. Auch in der von gegnerischer Seite als dunkel bezeichneten Gegend scheint es nun endlich zu tagen. Der schon länger gehegte Gedanke, auch unter der hiesigen Arbeiterschaft eine Organisation einzuführen, ist dieses Frühjahr zur Wirklichkeit geworden. In der Mitgliederversammlung am 14. Juli war die Ortsverwaltung zum erstenmal in der Lage, über das verfloßene Quartal Rechnungsbücher zu erstatten. Die Gesamtsummen betrugen für die Verbandskasse 523,10 Mk., abzüglich der 15 Prozent (74,33 Mk.) waren somit 448,77 an die Zentrale zu senden. Die Einnahmen der Zentralkasse einschließlich Kassenbestand beliefen sich auf 76,38 Mk., die Ausgaben derselben 37,82 Mk. für die Bezirkskasse, für Porto, Schreibmaterial und sonstige Ausgaben 16,40 Mk., mithin 54,22 Mk. Bestand der Lokalkasse 22,82 Mk.

In der Jochen erwähnten Versammlung war Kollege Gerhard Schw. Gmünd anwesend. In dieser Versammlung wurde betont, der Zentralvorstand habe anlässlich bei der kürzlich in Stuttgart stattgefundenen Konferenz eine Verschmelzung der kleineren Ortsgruppen in die größeren warm empfohlen. Der Antrag, die Ortsgruppe Unterföcken soll sich Gmünd anschließen, wurde hierauf einstimmig angenommen mit der Verpflichtung, den 55 Pfg. Wochenbeitrag zu entrichten. Diese Angliederung hat auch verschiedene Vorteile, denn größere Ortsgruppen sind erfahrungsgemäß existenzfähiger, auch ist es den Mitgliedern am Platze dadurch ermöglicht, in allen unausbleiblichen schwierigen Angelegenheiten den Kollegen Gerhard zu berufen. Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß die Gewerkschaftenunterstützung schon nach Ablauf der ersten Woche in Kraft tritt.

Nun, Kollegen von Unterföcken, haltet fest an der neugegründeten Organisation, durch geeintes Zusammengehen wird auch für die hiesige Arbeiterschaft die Möglichkeit einer Besserstellung ihrer Lage nicht ausgeschlossen sein. Seht einmal richtig um, wie in gegenwärtiger Zeit alle Berufsstände darnach streben, ihre Produkte womöglich teurer auf den Weltmarkt zu verkaufen. Demgemäß kann es wohl auch der hiesigen Arbeiterschaft nicht verjagt werden, wenn auch sie ihr einziges Produkt, das in ihrer Arbeitskraft besteht, es sei nicht gesagt teurer, aber doch den Anforderungen und der Lage entsprechend zu verkaufen sucht. Leider ist bis zur Zeit noch ein großer Teil der hiesigen Arbeiter zu sehr dem Stumpfsein verfallen; nach jahrzehnte langem Schlummer falscher Zufriedenheit, soll doch endlich einmal das Bewußtsein zutage treten, daß nur die Organisation das Schutzmittel für die Interessen des Arbeiters ist. Besonders ihr Kollegen der Kettenbranche, trotz jahrelang anhaltender Hochkonjunktur habt ihr nur ganz geringfügige Verbesserungen zu verzeichnen. Tonangebend sollten die Kollegen der Jochen erwähnten Branche sein, insofern, da der größere Teil der hiesigen Arbeiterschaft derselben angehört.

Leider ist es jetzt, bleiben da noch die meisten Wünsche übrig. Kollegen, jede Quertreiberei, Haß und Neid soll verschwinden, auch etwa vorhandene Gelegenheitsinterferenzen, nicht nach Arbeitslohn in der Werkstatt sich noch dem Alkohol widmen. Solche Dinge sind einer Organisation eher nachteilig als vorteilhaft. Jenen Schädlingen, die es verstehen, ihre Arbeitsbrüder von dem Verbandsbeitritt abzuhalten, auch schon Mitglieder von demselben abwendig gemacht haben, jenen wollen wir etwas ihrer Verstandeschwäche zugeben und sagen, Herr verzeih ihnen usw.

Kollegen von Unterföcken, jümet nicht mehr länger, seht es als Pflicht an, auch unter die Fahne der Organisation zu stellen, nur eure Interessen sind davon abhängig. Zum Schluß rufen wir den schon beigetretenen Kollegen zu, besucht fleißig die Mitgliederversammlungen und bleibt treu dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband. Den noch fernstehenden sagen wir, erkennt eure Pflicht und tretet ein in unsere Reihen.

Dortmund. Söhne Fortschritte haben wir im Dortmund Bezirk wiederum zu verzeichnen, sowohl was Wachstum der Mitgliederzahl, innere Erstarbung und Festigung, sowie auch materielle Erfolge angeht. Durch eifrige Mitarbeit aller Kollegen, besonders der Vertrauensmänner, gelang es uns, die Mitgliederzahl gegen das 2. Quartal wiederum fast zu verdoppeln. Weiter schlossen sich im Laufe des 3. Quartals auch die Hombroich-Waroper Kollegen der Zahlstelle Dortmund an und zwar nicht zu ihrem Nachteil, denn auch dort steigt die Mitgliederzahl und sind auch schon Erfolge errungen worden. An Bewegungen hatten wir 3 zu verzeichnen. In Hombroich-Warop gelang es uns, für die Schloffer der Waroper Maschinenfabrik 5 Proz. Lohnerhöhung durchzuführen.

Des weiteren waren in Lünen bei der Firma W. Meier und Söhne und Lenz je eine Lohnbewegung. Bei ersterer Firma wurde gleichfalls ohne Streit eine Lohnerhöhung von 2 1/2-5 Pfg. pro Stunde erzielt, das macht für die dort beschäftigten Kollegen 8-900 Mk. pro Jahr an Mehrverdienst. Bei der Firma Söhne und Lenz war der Erfolg für die Kollegen noch günstiger. Hier wurde ebenfalls ohne Streit eine Lohnerhöhung von 50-80 Pfg. pro Tag, sowie Fortfall der Nordabzüge und der 5 Proz. Abzug von der Zeit der Krise erreicht. Für die dort in Frage kommenden Kollegen macht das etwa 2000-2500 Mk. pro Jahr Mehrverdienst.

Der hiesige Kleinmerkt wurde vom sozial. Verband „beendigt“. Der Erfolg des zehn- bis elfwöchentlichen Streiks war dieser Streikzeit nicht angemessen, da im großen und ganzen nur der alte Tarif erneuert wurde. Den hervorragenden arbeitserzitternden Bemühungen der Sozialisten ist es bei dieser Gelegenheit auch wieder zu verdanken, daß die am Streik beteiligten christlichen Kollegen an die Wand gedrückt wurden, d. h. zur Streikkommission usw. nicht zugelassen wurden. Wir werden auf das Verhalten dieser potentiellen Arbeiter — treuer noch bei Gelegenheit zurückkommen.

Kollegen! Fortwärts geht es auf der ganzen Linie, darum auch eifrig wie bisher mitgearbeitet und agitiert. Wenn man uns nicht anerkennen will, so werden wir uns die Anerkennung erringen, das sei eines jeden Ehrensache, und dieses werden die christlichen Metallarbeiter zu erreichen wissen.

Reichenstein (Schlesien). Am Sonntag, den 25. Aug. hatten wir eine öffentliche Versammlung, welche leider schwach besucht war. Als Redner trat Herr Gewerkschaftssekretär Schäpper aus Münsterberg auf und hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bestrebungen, Zwecke und Ziele der christlichen Gewerkschaften. Redner machte die Arbeiter auf die Vorteile des Verbandes aufmerksam, insbesondere auf die zu gewährenden Unterstützungen. Zum Schluß ermahnte er alle, fest und treu zusammenzuhalten gemäß dem Sprichwort „Einigkeit macht stark“. O möchten doch die Arbeiter diesen Spruch beherzigen und recht zahlreich dem Verbands beitreten, denn nur vereint wird es ihnen gelingen, sich ihrer Lage zu verbessern.

Als ein großer Mangel wird es ferner empfunden, daß selbst Vereinsmitglieder immer noch zu wenig Interesse für die gute Sache zeigen. Dies beweist der Mangel, daß eine vom Vorstand der hiesigen Ortsgruppe

anberaumte Mitgliederversammlung nur von einer geringen Anzahl besucht war. Es wäre dringend zu wünschen, wenn die nächste Versammlung eine recht rege Beteiligung erfahren möchte.

Aus dem Sauerlande. (Sozialdemokratisches.) Das sozialdem. Arbeitersekretariat für das Sieger- und Sauerland sagt in seinem Jahresbericht S. 114.

„In Mendon konnte zum erstenmal von unserer Seite eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abgehalten werden. Diese gestaltete sich zu einer imposanten Protestversammlung gegen den Gesetzentwurf der Regierung betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.“

Nun war die Versammlung aber nicht vom sozialdemokratischen Gewerkschaftsartikel einberufen, sondern vom angeblich neutralen Buchdrucker-Verband, Ortsverein Mendener-Gemein, auch mit der imposanten Kundgebung gegen den Gesetzentwurf betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine steht es sehr würdig aus. In ihrer Nr. 7 schreibt nämlich die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung selbst über besagte Versammlung:

„Als Einberufer galt der neutrale Buchdrucker-Verband. . . Da inzwischen der Reichstag aufgelöst und der genannte Gesetzentwurf vorläufig gegenstandslos geworden war, konnte ich mir ein Eingehen auf die Einzelheiten des Gesetzes sparen, und begnügte mich, auf die allgemeine Lage der Arbeiter hinzuweisen.“

Der Bericht des sozialdemokratischen Gewerkschaftsartikels besagt also das gerade Gegenteil von dem, was die sozialdem. Metallarbeiterzeitung berichtet. Nach Kautsky ist der Genosse nur dem Genossen gegenüber zur Wahrheit verpflichtet; dem Gegner gegenüber also nicht. Bedenkt man aber, daß der Jahresbericht mit den unwahren Angaben hauptsächlich für die Genossen geschrieben ist, so scheint es fast, daß die Pflicht der Wahrhaftigkeit auch dem Genossen gegenüber nicht mehr als nötig erachtet wird.

Rheine i. W. Eine anregende Versammlung, die auch gut besucht war, hatten wir am 24. August. Bezirksleiter Kollege Franzen war als Referent erschienen und begründete die Einführung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 10 Pfg. Der früher von uns gefaßte Beschluß, monatlich 10 Pfg. zu erheben, sei faktisch wirkungslos und finanziell wirkungslos. Deshalb solle die heutige Versammlung ganze Arbeit machen, die Rheiner Kollegen sollten zeigen, daß sie Verständnis und Opferwilligkeit nicht einbüßen und heute den früheren Beschluß dahin ergänzen, nicht monatlich, sondern wöchentlich 10 Pfg. Extrabeitrag zu entrichten. Ferner sprach Kollege Franzen über die Pflichten eines Gewerkschaftlers bezüglich Agitation, Bildungsbestrebungen und Solidarität. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. In der nachfolgenden Diskussion sprachen noch mehrere hiesige Kollegen in überzeugenden und begeisternden Worten für den Antrag, der dann von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. (Bravo! Red. Das verdient um so mehr Anerkennung, da die Löhne in Rheine im Vergleich zu anderen Städten recht niedrige sind.)

Damit haben die Kollegen der Zahlstelle Rheine bewiesen, daß sie nicht zurückweichen wollen, wenn es gilt, für unsere Sache Opfer zu bringen. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt und dürfen wir auch von den nicht anwesenden Mitgliedern erwarten, daß sie gern und willig dem Beschluß nachkommen werden. Dann sei an alle Kollegen der Appell gerichtet, geht mit aller Energie in die Agitation einzutreten und mit Geduld und Beharrlichkeit neue Mitglieder zu werben, damit sich unsere Zahl vermehrt und wir die praktischen Früchte unserer Organisation recht bald einheimen können.

Flensburg. In der am 14. August d. J. abgehaltenen Versammlung hielt Kollege Hartmann aus Hamburg einen Vortrag über das Thema: „Wie erreichen wir den sozialen Frieden?“ In ausführlicher, verständlicher Weise erläuterte Redner die Lage der Arbeiter und betonte, daß wir uns heute im Zeitalter der sozialen Gegensätze befinden. Stellen wir nun die Frage, woher es kommt, daß wir der Lösung der sozialen Frage nicht näher gekommen sind? Die Arbeitgeber geben ohne Weiteres den Arbeitern die Schuld an den wirtschaftlichen Kämpfen, weil letztere sich zusammenschließen, weil sie sich organisieren und dadurch für sich günstige Arbeitsverhältnisse und Bedingungen zu erreichen suchen. Aber die Arbeitgeber wollen den Arbeitern das Recht absprechen, sich zu organisieren. Die Zeiten sind jedoch vorüber, denn gleich wie das Kapital sich zusammenschließt, um aus der Arbeit den größten Gewinn zu erzielen, so müssen sich die Arbeiter ebenfalls zusammenschließen, um auch für sich einen Vorteil herauszuschlagen. Deshalb sind es nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber, die die Schuld an den wirtschaftlichen Kämpfen haben, denn die Steigerung der Lebensmittelpreise, der Wohnungsrenten pp. stehen nicht im Verhältnis zu den von den Arbeitgebern gezahlten Löhnen. Die Lohnkämpfe lehnen uns, daß wir den sozialen Frieden nur durch Kampf erreichen und nur dadurch, daß wir nicht zum Kampf gerufen bereit stehen. Darum durch Kampf zum Ziel. Jeder Arbeiter muß mithelfen zur Verbesserung der Verhältnisse. Jeder muß seine Ehre darin legen, daß er mithelfen hat zur Verbesserung der Lage seines Standes, damit nicht im späteren Jahren uns ein Vorwurf gemacht werden soll, daß wir müßig dagestanden haben. Damit nun auch jeder mithelfen kann und soll, müssen die Unorganisierten angefaßt werden, denen muß es klar gemacht werden, wie notwendig die Organisation ist.

Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Frauen müssen aufgeklärt werden über die Ziele und den Wert der Organisation. Zum Schluß betonte Kollege Hartmann noch speziell die Vorzüge unserer christlichen Gewerkschaften, daß hier nur der richtige Platz einredlich denkenden christlichen Arbeiters sei, denn in diese sei stets bereit, unsere Interessen wirklich vertreten. Deshalb muß es auch für uns heißen: „Sinein in die christlichen Gewerkschaften,“ und für uns Metallarbeiter: „Sinein in den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband!“

Lübeck. Eine große öffentliche Gewerkschaftsversammlung war am Sonnabend, den 17. Aug., im Vereinslokal Gesellschaftshaus „Monopol“ von unserer Ortsgruppe einberufen. Die Versammlung war sehr gut besucht, jedoch mit einem Stehplatz für Lieb nehmen mußten. Erschienen waren auch die Ortsgruppen Schwartau und die Gewerkschaften aus Oldesloe. Unser Kollege (Gewerkschaftssekretär) Hartmann-Hamburg, hielt einen Vortrag über: „Bedeutung der christl. Gewerkschaften innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung.“

Vom Zeitalter der sozialen Frage ausgehend, betraute er die heutigen Verhältnisse der Arbeiter, beschrieb auch unsern Zeitalter die Lösung der sozialen Frage vorbehalten. Redner führte aus, daß nicht allein die Arbeiter Schuld an den wirtschaftlichen Kämpfen trügen, sondern auch das Kapital. Wenn es auch Arbeitgeber gibt, die den Arbeitern freundlich gesonnen sind, so gibt es auch viele, die es nicht sind; in früherer Zeit, als der Mensch noch selbständig war, konnte man sich besser verständigen. Ein einzelner kann sein Interesse nicht vertreten, deshalb sei ein Zusammenschluß aller Arbeiter notwendig. In Diskussion beschwerte sich der H. D., Agitator Lange-Novor, daß ihm nicht unbeschränkte Redezeit gewährt wurde, als ob die christlichen Arbeiter ihre Versammlungen zum Tummelplatz gegnerischer Agitatoren machen lassen müßten. Höchst ergrünt verließ er dann mit seinen Anhängern das Lokal. Hieraus ersieht man, was die H.-D. für komische Klänge sind; allein können sie nicht fertig werden, bringen sie ihren Sekretär mit und dieser verläßt freiwillig das Lokal. Dann sprach Herr Rürnberg H.-D. vom Terrorismus will er nichts wissen und betont, daß auch 6 Wochen christlich gewesen sei, er schimpfte ganz waltig, wurde aber kräftig ausgelacht. U. a. sagt er auch der „Wolfsbote“ (das Lübb. soz. Blatt) liegt doch nicht (weiterleit).

Nun nahm der Referent nochmals das Wort und widmete die Anwürfe der Gegner. Er nannte Herrn Lange einen Verleumder. Beweis: Herr Lange hat in einer öffentlichen Versammlung gesagt: „Herr Hartmann habe sich von Mehl und Bolz in Hamburg einen Hundertmarktschein in die Hände schießen lassen, was natürlich eine aus den Fingern gelagerte Verleumdung ist.“

Darauf sprach Herr Böhme H.-D. Er schleuderte gemeinsten Nebenarten gegen die christlichen Arbeiter und was er dem Referenten hinterläßt ins Gesicht geschleudert hat, kann hier nicht wiedergegeben werden. Mit solch Fanatismus hat er sich selbst gekennzeichnet. Herr Holzmann ein Unparteiischer, rügte das Verhalten der Diskussionredner und sprach für unsere Sache. Sein Schlußwort richtete der Referent nochmals gegen die H.-D. und Sozialdemokraten. Unter heftigem Radau verließen die Kollegen ebenfalls das Lokal.

Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute im Gesellschaftshaus „Monopol“ tagende Versammlung christlich-national gesinnter Arbeiter und Arbeiterinnen erkennt die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung an und ist der Ansicht, daß nur sie geeignet sind, den Weg zum sozialen Frieden mit Erfolg zu betreten. Die Versammelten verpflichten deswegen, mit allen ihr Gebote stehenden Mitteln für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften tätig zu sein, zum Wohle der Arbeiter und nicht zuletzt im Interesse des ganzen Wirtschaftslebens!“

Sünderher lesen wir nun im Lübb. Stadt- und Landbote (ein H.-D. Blatt) einen Versammlungsbericht, der gänzlich verdreht ist, Lüge von Anfang bis zu Ende. Es wird dort auch geschrieben, daß der Referent im Schlußwort einzig das Redepult verlassen mußte. Das ist eine unverschämte Lüge, begangen von Elementen, welche erst das Lokal verlassen und nachdem wiedertreten, um Radau zu machen. Eine traurige Gesellschaft!

Die christlich-nationalen Arbeiter von Lübeck aber haben wieder einmal erleben, wer mit ehrlichen Mitteln seine Sache vertritt. Der müßte Ansturm der Gegner war nicht imstande sein, unsere Bewegung aufzuhalten. Sie erst recht, sagen sich die christlichen Kollegen und Kolleginnen und sie werden festhalten und durch rastlose Werbearbeit unsere Reihen vergrößern, uns zum Aufbruch, den Gegenstand zum Triumph.

Stromberg-Mauort. Es dürfte angebracht sein, auch die hiesigen Kollegen noch einmal an ihre Pflicht als Verbandsmitglieder durch das Verbandsorgan zu erinnern. Vor allem sollten doch die Kollegen sich zu heifer wie bisher an den Mitglieder-Versammlungen beteiligen. Es ist dies ein gar trauriger Zustand, Kollegen, wenn man nicht einmal im Monat eine Stunde dem Verband widmen kann und läßt einige Mitglieder allein in der Versammlungslökal sitzen. Es ist doch unser Hauptbestreben unsere Lage zu verbessern und dazu bedürfen wir unbedingt ein öfteres Zusammenkommen; ganz besonders, wird noch eine junge Ortsgruppe sein. Gewiß ist es keine leichte Arbeit, da die anderen Verbände auf den hiesigen Fabriken zu viel auf die jüngeren Leute einwirken. Aber gerade deshalb sind wir christlichen Metallarbeiter umso mehr verpflichtet, das Vertrauen der hiesigen Metallarbeiter zum christlichen Metallarbeiterverband zu stärken und zu festigen. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit aller Kollegen, und es ist ein ungeheurer und unhaltbarer Zustand, daß die Arbeit bisher einigen Kollegen allein überlassen war. Das muß anders werden. Es wird daher dringend gebeten, Kollegen, die Mitglieder-Versammlungen zu besuchen, dann wird unser Verband hier wachsen und gedeihen zum Wohle der hiesigen Arbeiterschaft.

Duisburg. Auf der Kupferhütte klagten die Arbeiter seit langer Zeit über das Lohnsystem, welches dort, wie auf vielen anderen Werken, nicht allgemein nach festen Grundsätzen, sondern nach einem willkürlichen Zuschlagsystem verrechnet wird. Die Zuschläge werden besonders dann in Anwendung gebracht, wenn es sich um unangenehme und schwierige Arbeit handelt. Es ist selbstredend, daß ein solches System Unzufriedenheit erzeugt, denn oftmals hängt es nur von den Vorarbeitern ab, ob die Zuschläge berechnet werden oder nicht.

Vor einigen Tagen hatte ein Schlosser eine Arbeit zu verrichten, von welcher stets die Zuschläge bezahlt worden sind, als jedoch die Lohnzahlung kam, war nur der gewöhnliche Lohn angewiesen und auf die Reklamation des Schlossers erklärte der Vorarbeiter, daß ein Anspruch auf die Zuschläge nicht bestünde. Auch der Einwand des Schlossers, daß die Zuschläge für die Arbeit stets bezahlt worden seien, nützte nichts, es blieb bei der Ablehnung, worauf der Arbeiter die Frage an den Vorarbeiter richtete, ob dann die Zuschläge nur an befreundete Arbeiter gezahlt würden, die Antwort war die Kündigung des Arbeiters. Daß dieser hiermit nicht einverstanden war, ist selbstredend und wandte er sich an den Herrn Direktor Dr. Böcking, welcher dann auch versprach, den Fall zu untersuchen. Doch nützte auch dieses nichts, die Entlassung blieb aufrecht erhalten. — Die weitere Folge war, daß der Ortsbeamte des christlichen Metallarbeiterverbandes sich an den Herrn Direktor wandte, doch auch dieser Schritt hatte keinen weiteren Erfolg, der Direktor stellte sich auf den Standpunkt, daß die Autorität des Vorarbeiters gewahrt werden mußte. — Die weitere Folge war, daß der christliche Metallarbeiterverband eine Betriebsversammlung einberief, in welcher der Fall besprochen wurde. In dieser Versammlung wurde das Lohnsystem scharf kritisiert und das Vorgehen des Vorarbeiters weiter besonders scharf verurteilt, da dieses Vorgehen des Vaters mit seiner früheren Haltung als Arbeiter nicht in Einklang zu bringen sei. Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die vom christl. Metallarbeiterverband einberufene Versammlung der Arbeiter der Kupferhütte protestiert dagegen, daß die Lohnzahlung nicht immer nach feststehenden Grundsätzen geschieht, sondern, daß bei manchen Arbeiten durch die Vorarbeiter Abweichungen vorgenommen werden. Es geschieht das durch das sogen. Prämien- oder Zuschlagsystem, welches zum Schaden für manche Arbeiter ausgenutzt werden kann.

Versammlung protestiert ferner dagegen, daß die verhängten Strafen erst bei der Lohnzahlung zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden, weil dadurch das Erheben von Beschwerden und deren Prüfung sehr erschwert wird.

Ganz besonders protestiert Versammlung dagegen, daß aus nicht stichhaltigen Gründen Arbeiter entlassen werden. Versammlung erwartet, daß in Zukunft Entlassungen von Arbeitern nur vorgenommen werden, wenn schwerwiegende Gründe vorhanden sind und daß nicht allein die Autorität der Vorarbeiter geschützt, sondern daß auch die Menschenrechte der Arbeiter geschützt werden. Versammlung empfiehlt allen Arbeitern des Werkes dringend, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.“

Emmerich. Eine ausserordentliche Mitgliederversammlung fand am 25. August statt und war dieselbe sehr gut besucht. Der anwesende Referent Kollege Franzen-Laar gab zuerst einen kurzen Rückblick von der Gründung unserer Ortsgruppe ab bis auf den heutigen Tag. Da sah denn jeder Kollege, dass wir im Ausbau der Organisation das nicht erreicht haben, was wir hätten erreichen müssen, aber hoffentlich werden die Kollegen die Worte beherzigen und das Versäumte nachholen. Hierauf besprach der Referent die grosse Notwendigkeit einer leistungsfähigen Lokalkasse und es sei jetzt Pflicht der Kollegen, hierfür zu sorgen. In der darauf folgenden Diskussion wurde denn auch von allen anwesenden Kollegen dafür gesprochen und einstimmig beschlossen, ab 1. Sept. 1907 den 60 Pfg. - Wochenbeitrag einzuführen. (Bravo! Red.) Hoffentlich werden aber auch die Kollegen, welche nicht anwesend waren, sich gern und freudig dem Beschlusse anschliessen, denn den Nutzen hat am letzten Ende doch jeder Einzelne selbst. So wurde denn die schön verlaufene Versammlung mit der Hoffnung auf das fernere Wachsen, Blühen und Gedeihen unserer Ortsgruppe geschlossen.

Jetzt ist es aber auch Pflicht der Kollegen, wie bisher treu und tapfer zusammen zu halten und für die gute Sache mitzuarbeiten. Traurig ist es ja, wenn Kollegen denken, der Vorstand ist ja da, der wird wohl für die Sache sorgen. Nein, ein jeder Kollege soll mitarbeiten, ein jeder soll selbst Agitator sein und helfen, damit dem Vorstand seine schwere Aufgabe erleichtert wird. Ferner mögen die Kollegen den Vertrauensmännern ihre Arbeit nicht schwerer machen, wie nötig ist und gern und aufgefodert die Beiträge zahlen, dann werden auch diese mit Lust und Liebe gern ihre Aufgabe erfüllen. Mögen diese Worte bei jedem Kollegen

auf fruchtbarem Boden fallen, dann werden wir nie ein Rückwärts kennen, sondern immer ein Vorwärts.

Wichheim bei Mülheim a. Rh. Ein „humaner“ Arbeitgeber scheint der Inhaber der hiesigen Mühlenbauerei Herr Albert (vorm. S. Stumpf) seinen Arbeitern gegenüber zu sein. Ein Kollege unseres Verbandes war dort als Schlosser tätig und wurde infolge eines Unfalles erwerbsunfähig. Nach 4 Wochen ließ Herr Albert dem kranken Kollegen folgendes Schreiben zukommen:

„Hierdurch zur Kenntnis, daß ich bei Wiederaufnahme Ihrer Arbeit den Stundenlohn auf 45 Pfa. kürzen müßte, (früher 48 Pfg. die Stunde) und daß Schlosser nur Akkordarbeiten erhalten. Daß also ein Verweigern in Akkord zu arbeiten, wie Sie es seiner Zeit gemacht haben, nicht mehr gebildet wird, sondern solche Arbeiter leider entlassen werden müssen. Es wäre deshalb wohl meiner Ansicht nach für Sie am besten, wenn Sie mit obigem Anerbieten nicht einverstanden sind, die Arbeit bei mir aufzugeben. Sie können sich ihre Papiere jederzeit abholen lassen.“

Bezüglich der Akkordverweigerung ist zu bemerken, daß ein solcher überhaupt nicht besteht in dem Betriebe, sondern nur ein sog. Akkordtagelohn. Indem Stundenlohn vereinbart wird, ist für jedes Stück Arbeit eine gewisse Zahl Stunden zur Verarbeitung vorgesehen. Wird diese Zahl überschritten, so erhält der betreffende Arbeiter hierfür etwa 25 Pfa. Ist die Arbeit dagegen in kürzerer Zeit erledigt, so erhält er nur seinen Stundenlohn ausbezahlt. Daß der Kollege sich für ein solches Akkordsystem nicht begeistern konnte, ist leicht erklärlich. Uebrigens hat das Gewerbeamt in Mülheim Herrn Albert schon wiederholt gezeigt, daß dieses System mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht in Einklang steht. Der Brief zeigt so recht die „arbeiterfeindliche“ Gesinnung dieses Herrn. Was er bei seinem Arbeiter in dessen gesunden Zeiten nicht erreichen konnte, das sucht er ihm abzurufen, indem er die Not des Erwerbsunfähigen mißbraucht, um den Lohn zu reduzieren. Daß obiger Betrieb kein Musterbetrieb ist, geht schon aus dem Umstande hervor, daß vor kurzem ein Meister ein Schlosser und fünf bis 6 Lehrlinge in dem Betriebe beschäftigt waren. Die Leute schütteln eben so bald wie möglich den Staub des Herrn Albert von ihren Füßen. Merkwürdiger Weise datieren die Klagen von Seiten der Arbeiter von dem Zeitpunkt an, wo dieser Herr von der früheren Firma S. Stumpf den Betrieb übernommen hat. Früher konnte man dort nur Leute, welche 10 bis 20 Jahre beschäftigt waren, Selbstverständlich wurde den Leuten von Herrn Stumpf auch eine bessere Behandlung zuteil, wie dieses heute von Seiten des jetzigen Inhabers der Fall ist. Hier muß für die Zukunft Wandel geschaffen werden und zwar durch die Arbeiter selbst, indem sie sich dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen, denn nur dadurch wird es möglich sein, auch in diesem Betriebe bessere Zustände herbeizuführen.

Danzig. Am 16. August fand im St. Nikolshaus eine gutbesuchte Agitationsversammlung der christlichen Metallarbeiter statt. Gewerkschaftssekretär Müller und Kartellvorsitzender Beuter hatten sich freiwillig angeboten, den unorganisierten Arbeitern die Notwendigkeit der christlichen Organisation darzulegen. Dieses geschah, indem Kollege Müller das Wort nahm und die Arbeiter mit seinen lehrreichen Vorträgen auf die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften aufmerksam machte.

Die Mißstände in den einzelnen Betrieben seien so groß, daß man garnicht im Stande ist, sie alle aufzuführen, deshalb ist es notwendig, daß die Kollegen sich selbst rühren und sich zunächst organisieren. Ein kleiner Prozentsatz der Metallarbeiter hat das Unhaltbare dieser Zustände bereits eingesehen und sich der Organisation angeschlossen.

Es genügt aber nicht allein, sich zu organisieren, sondern jeder Kollege muß auch dafür Sorge tragen, daß er seinen Nebenarbeiter der Gewerkschaft zuführt. Am Besten auszuführen zu können, tut es not, daß jedes Mitglied die Versammlung regelmäßig besucht und sein Organ fleißig liest. Wir müssen dafür Sorge tragen, einen guten Stamm in unserer Zahlstelle zu bekommen. Wenn wir den haben, wird es uns auch möglich sein, die fernstehenden Arbeiter zu gewinnen.

Schwer zu organisieren sind die Arbeiter der Kaiserl. und dgl. Institute. Diese Kollegen glauben es nicht nötig zu haben, sich der Organisation anzuschließen, trotzdem sie ebenso gedrückt werden, wie diejenigen, welche in Privatbetrieben beschäftigt werden. Die Mieter, Stemmer und Helfer der Kaiserlichen Werf. haben die schwersten Arbeiten zu verrichten, werden jedoch am schlechtesten gelohnt. Diese Arbeiter werden in den jungen Jahren ausgenutzt und im Alter bei Seite geschoben. Kürzlich wurde den oben angeführten Kategorien ihr Lohn um 20 bis 60 Pfg. täglich gekürzt, ohne daß die Arbeiter etwas dagegen machen können.

Die Arbeiter der Kaiserlichen Werf. müßten durch die Neueinstellung von Arbeitern eingesehen haben, daß sie für minderwertig gehalten werden, indem die Neueingestellten einen höheren Lohn erhalten als die Aelteren. Ebenso ist es in der Artilleriewerstatt und Gewehrfabrik. Diese Arbeiter glauben ebenfalls, es nicht nötig zu haben, sich zu organisieren.

Wenn diese Arbeiter augenblicklich etwas besser gestellt sind, als die in anderen Betrieben, so müßten sie aber trotzdem um so eher sich verpflichtet fühlen, für Erhaltung des Bestehenden und auch für ihre andern Mitarbeiter durch Beitritt zur Organisation mitzuwirken.

Bei einer schlechten Konjunktur kann es diesen ebenso gehen, wie allen anderen Arbeitern, deshalb ist es nötig, daß sie sich bei Zeiten sichern, um im Alter sich nicht allen Stürmen wehrlos preiszugeben. Vor diesen kann nur die christliche Organisation schützen.

Noch viel schlechter ist es mit den Privatbetrieben hier am Orte. Hier sei nur die Firma Schiechau angeführt. Es ist kein Wunder, wenn die Inhaber in kurzer Zeit reiche Leute werden! Dort arbeiten heute gelernte Arbeiter für 2.50—3.00 Mk. pro Tag. Diejenigen, welche 3 Mark pro Tag erhalten, sind Schremeister oder Kolonnenführer.

Mit Vorstehendem kann über die am Orte gezahlten Löhne und Mißstände genügend gesagt sein. Fragen wir zum Schluß, wie soll ein Arbeiter seine Kraft erhalten, um seine schwere Arbeit zu verrichten, wenn er nur ein Lohn von 2.50 Mk. pro Tag erhält? Die Antwort wird kaum zweifelhaft sein. Wollen die Arbeiter sich diese Frage

selbst beantworten, so müssen sie zu der Ueberzeugung gelangen, daß eine Organisation nötig ist. Mögen die christl. Metallarbeiter Danzigs die folgerichtigen Konsequenzen ziehen.

Aud Lothringen. Wenn schon anderwärts die Arbeiter über die Verhältnisse in manchen Betriebskrankenkassen klagen, so haben wir hier in Lothringen gewiß noch viel mehr Ursache dazu. Besonders reformbedürftig sind die Krankenkassen der Firma De Wendel.

In dem Prozeß der Wendel kontra Marius (Ungehalteter des christl. Bergarbeiter-Verbandes) wurde festgestellt, daß diese Betriebskrankenkassen sich der Novelle von 1903 zum Krankenversicherungsgesetz noch nicht voll angepaßt haben, weil sie als Höchstmaß entsprechend den verdienten Löhnen noch unter 2 Mark pro Tag Krankengeld zahlen. In einer Eingabe der Bezirksleitung der christl. Bergarbeiter, die der Generaldirektion der Firma de Wendel unterbreitet und zugleich eine Abschrift der Aufsichtsbehörde übermittelt wurde, ist auf diese mangelhafte Befolgung des Gesetzes aufmerksam gemacht worden. Soviel uns bekannt ist, ist bis heute weder Remendur geschaffen, noch eine Antwort auf die Eingabe erfolgt.

Um die Betriebskrankenkassen der Firma de Wendel den Verhältnissen entsprechend zu reformieren und Leistungen und Einnahmen zu paralisieren, wäre pro Mitglied ein Mehrbetrag von etwa 1 Mark pro Monat nötig, was an Mehrleistung für einen Arbeiter 66 2/3 und für den Arbeitgeber 33 1/3 Pfennig ausmachen würde. Daß die Arbeiter einen Mehrabzug von 66 2/3 Pfennig monatlich ertragen würden, zumal er oft das 5- bis 10fache an Straf z. zahlen muß, wovon er nichts hat, ist klar, zumal ihm davon ein direkter Vorteil erwächst.

Für den Arbeitgeber macht eine Mehrleistung von 33 1/3 Pfennig pro Arbeiter und Monat für 1000 Arbeiter 333 Mk. aus. Berechnet man für die Firma de Wendel etwa 10 000 Arbeiter, die hier in Betracht kommen (in Wirklichkeit beschäftigt die Firma gegenwärtig annähernd 20 000 Arbeiter), so ergeben sich folgende Mehraufwendungen: für 10 000 Arbeiter pro Monat 3333 Mk., pro Jahr 39,996 Mk. Wäre bei Inkrafttreten der Novelle zum 1. 10. 1903 eine Reformierung auf Grund dieser Berechnung erfolgt, so hätte die Firma mindestens Mark 119,988 mehr gezahlt.

Allerdings hätten die Arbeiter in dieser Zeit auch die Summe von 239,976 Mk. aufbringen müssen. Den kranken Kollegen wären aber insgesamt 359,694 Mk. wieder zu gute gekommen. Es wäre von der Mehrleistung keiner verarmt, auch die Firma de Wendel nicht, aber manchem armen Kollegen durch Zahlung eines angemessenen Krankengeldes in bitterer Not geholfen worden. Bis heute aber sind die Arbeiter wehrlos, sie müssen sich alles bieten lassen, weil bei ihnen der Gedanke, der Einigkeit und Solidarität, — die Organisation — fehlt. Sich derselben anzuschließen, ist eine Lebensfrage für die lothringischen Gürtler- und Metallarbeiter. E. E.

Bochum. Mit der Lage der Hütten- und Walzwerke arbeitete besaßen wir uns am 31. August und am 5. Sept. in zwei öffentlichen Versammlungen, die sich besonders mit den Zuständen auf dem Bochumer Verein und der Stahlindustrie beschäftigten. In erster Versammlung machte unser Kollege Baldes bekannt, daß wir in Zukunft keine Oberwächter des Bochumer Vereins in unseren Versammlungen dulden würden, da die Herren nach unserer Information nur denunzierten und falsch berichteten. Heute abend konnte der Herr Oberwächter noch mal dabeisein. Durch diese Bekanntmachung hatten wir dann die Ehre, am 5. September den Vorsteher des Arbeiterannahmebüros, den früheren Polizeikommissar des Bochumer Vereins, Herrn Wilhelms, in unserer Mitte zu haben.

Dieser Herr ist bei den Bochumer Arbeitern sehr geachtet, denn das Amt dieses Herrn entscheidet, ob eine Arbeit auf dem Bochumer Verein erhält oder nicht. Wer eine schlechte Note bei dem Herrn hat, bekommt niemals das Glück, Arbeiter des Bochumer Vereins zu werden, oder falls er einmal sonst sein Glück versucht hätte, wieder in die Reihen der dem Bochumer Verein unterstellten Arbeiter einzutreten. Dieses trat deutlich in der am 5. September stattgefundenen Versammlung zutage. Ein großer Teil der Arbeiter, als sie Herrn Wilhelms sahen, lehrten um, andere lugten durch die Türriemen. Eine große Zahl der Kollegen zeigte aber Mannesmut und hielt aus. Recht drastisch wurde die Sache, als Kollege Baldes in seinem Referat auf die letzten Vorkommnisse einging, betonend, daß jetzt neuerdings sogar Sr. Majestät der Kaiser den Schutz der Hochofenarbeiter in seiner Rede in Münster verlangte. Zu diesem Schutz gehörte auch das Koalitionsrecht der Arbeiter. Als Kollege Baldes nun mehrere Fälle aufzählte, wie man auf dem Bochumer Verein den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch mache, wurde Herr Wilhelms derart aufgeregt, daß er den Kollegen Baldes mehrmals unterbrach, so daß Kollege Baldes an die Bildung des Herrn appellieren mußte, jenen Anstand zu beizugehen und ihn nicht immer zu unterbrechen, da er ja nachher Rede-freiheit habe. Jetzt schien Herr Wilhelms erst zu begreifen, daß er sich in einer anständigen Versammlung befinden und nicht auf dem Arbeiterannahmebüro, denn er benahm sich während der Versammlung dann ruhig, immer fleißig notierend.

Ein Zwischenruf des Herrn war sehr bezeichnend. Als Kollege Baldes ausführte: Herr Wilhelms fragt die Arbeiter, sind Sie auch organisiert, schließlich fragt Herr Wilhelms auch noch, sind Sie katholisch oder evangelisch, ich meine, das könnte Herrn Wilhelms gleich sein, denn nicht alle Arbeiter sagen Herrn Wilhelms die Wahrheit, und so ist der Bochumer Verein doch von organisierten Arbeitern durchsetzt. Da rief Herr Wilhelms: „G-e-i-d-e-r, l-e-i-d-e-r“.

Kollege Baldes bewies dann in seinem Vortrag zahlreich, daß etwas gesehen muß für die Feuerarbeiter, daß die Organisation tüchtige Arbeiter heranzubilden will, daß diejenigen Industriellen, die die Organisierten beschäftigen wollten, sich selbst schädigten. Zum Betreibe führte Kollege Baldes den Jahresbericht der Bochumer Handelskammer an. Derselbe klagt über den Mangel an gelernten und tüchtigen Arbeitern. Mit einem kräftigen Appell zum Beitritt in die Organisation schloß Redner seinen Vortrag. In der nun folgenden Diskussion meldete sich Herr Wilhelms zum Wort. Die Versammlung war aber sehr

enttäuscht. Herr Wilhelm, der erst durch Zwischenrufe sich bemerkbar machte, fand jetzt keine Worte. Er habe sich nur zum Worte gemeldet, so fürchte er sehr, um den persönlichen Vorwurf, daß er den Unstand verlegt hätte, richtig zu stellen; er habe geglaubt, die Unrichtigkeiten des Referenten sofort feststellen zu müssen, wenn das nicht zulässig sei, so nehme er sein Vergehen zurück. Im übrigen sei er nicht in der Lage, auf die Einzelheiten des Referats einzugehen. Er sei ein Arbeiterfreund, dafür sei er bekannt, er lege den Kopf für die Arbeiter auf Brett.

Der nun folgende Diskussionsredner bemängelte, daß Herr Wilhelm nicht auf die Sache eingegangen sei. Das Referat biete doch soviel Material, daß es unbedingt angebracht sei, auf die Einzelheiten einzugehen. Herr Wilhelm meide sich nochmals zum Wort und da er vorher erklärt habe, Sie können mich als einen der Ihrigen betrachten, erteilte nunmehr der Versammlungsleiter dem „Kollegen Wilhelm“ das Wort. Allgemeine Heiterkeit, in die selbst Herr Wilhelm einstimme. Ja, ja, betrachten Sie mich nur als Kollegen und er gab nochmals die Erklärung ab, daß er auf die Einzelheiten nicht eingehen könnte.

Kollege Balbes bedauerte im Schlußwort, daß der Vertreter des Bochumer Vereins nicht auf die Sache eingegangen sei. Er sei sich aber auch bewußt, daß dieses nicht möglich sei, da das von ihm Vorgetragene der Wahrheit entspreche. Ueber eines sei er sich aber klar, der Vertreter des Bochumer Vereins würde heute Abend ein anderes Bild von der Organisation bekommen haben, als wie er es auf Grund der bisherigen Berichte seitens der Oberwachter bekommen habe. Eine derartige gesunde Bewegung, wie die christliche Organisation, lasse sich nicht aufhalten, die schaffe sich freie Bahn. Zu diesem Ziele jure er die Anwesenden auf, die Organisation auszubauen und zu stärken. Das nun folgende kräftige Hoch auf den christlichen Metallarbeiter-Verband bewies, daß die Kollegen gewillt sind, mitzuarbeiten, und dazu fordern wir hiermit alle Kollegen von Bochum auch an dieser Stelle auf. Eine Anzahl Aufnahmen war der Erfolg.

Ulm. Schon häufig sind Fälle festgestellt worden, daß sozialdemokratische Gewerkschaftsführer durch schroffes, unvernünftiges Vorgehen bei Bewegungen den Arbeitern nicht allein schwere Niederlagen und öffentliche Blamagen bereiten, sondern auch durch solche Putzschneide jegliches Vertrauen der Arbeiterschaft zur Organisation untergraben haben. Einen solchen äußerst drastischen Fall müssen wir nun leider auch hier in Ulm verzeichnen. Auf dem hiesigen „Neuen Industriewerk“ hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband eine geradezu schmachvolle Niederlage erlitten und damit den bisher am besten organisierten Betrieb dem Indifferentismus wieder überliefert.

Beispielsweise Mängel im Betrieb gaben Veranlassung zum Eintritt in eine Bewegung. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, die Forderungen der Arbeiter bei der Betriebsleitung zu vertreten. Die Direktion gab auch die Zusage, in eine Prüfung der Sachlage einzutreten und Abhilfe zu schaffen. In den wiederholten Fabrikversammlungen wurden von den Führern des freien Verbandes, der die Sache nach berühmten Mustern wieder alleine machte, die radikalsten Beschlüsse gefaßt und zwar hatten letztere auch den praktischen Erfolg, daß von den 134 damals beschäftigten Arbeitern 62 ihre schriftliche Kündigung einreichten.

Doch schon während der achtstägigen Kündigungsfrist lief die Hälfte dieser Leute um, jedenfalls auf Grund eines Anschlags seitens der Firma. Etwa 50 der Tapferen zogen nämlich ihre Kündigung wieder zurück.

Trotzdem schloß sich der sozialdemokratische Verband noch immer stark und mächtig genug, den Kampf anzunehmen und proklamierte — übrigens gegen die eigenen Verbandsstatuten — den Streik. Jetzt aber waren die roten Genossen Führer auch so „gnädig“ und wollten auch den bisher beiseite geschobenen christlich organisierten Kollegen das Mitsprechen resp. Machtansehen gerne gestatten, oder besser gesagt, sie waren annehmend genug, es zu verlangen. Die christl. Kollegen lehnten es selbstverständlich ab, den von den Sozialisten in den Summi gefahrenen Karren jetzt herausfahren zu helfen und ließen sich auch durch das übliche Geschrei über christl. „Streikbrecher“ usw. nicht im Geringsten beirren.

Doch nun kam das Jammerbrot. Noch in der ersten Streikwoche trochen die tapferen roten Mannesjeden eifrig zu Kreuze und bettelten um Wiedereinstellung. Alles unter der Direktion ihrer Verbandsleitung. Die Jammerlichkeit einiger ging so weit, daß sie unterjochend der Firma gegenüber ihren Austritt aus dem Verbande erklärten, um doch nur ja wieder hineinzukommen. Daß die Firma, denen die großen Geister des soziald. Verbandes die Arbeiter wehrlos ausgeliefert hatten, eine solche Bedingung stellen konnte, wirkt allerdings auf das soziale Gerechtigkeitsgefühl der Direktion kein besonders gutes Licht.

Eine Anzahl der Hauptstreiker wurden garnicht wieder eingestellt, auch ein tapferes Ausschußmitglied nicht, das ganz dem Rücken der Streikleitung noch be- und wehrartig am Wiedererlangen gebettelt hatte. Die Firma hatte leichtes Spiel, sie konnte die genaschüchtern Arbeiter nach Belieben bis aufs äußerste demütigen. Die Niederlage der Arbeiter war mehr wie Hamabel und das haben sie einzig und allein der sozialdem. Verbandsführung zu verdanken, die bei dieser verführten Bewegung gegen die ge-

wöhnlichsten Regeln der Gewerkschaftstaktik gesündigt hat.

Die ganze Ulmer Arbeiterschaft aber hat den Schaden davon. Die Gegner der Gewerkschaftsbewegung — und es gibt deren auch hier mehr wie genug — triumphierten, der Nacken der Scharfmacher genügt — triumphierten, der Nacken von Ulm! Wem ist das zu verdanken? Nur dem unbefonnenen Vorgehen der soziald. Führer, wie schon vorher gesagt. Hier hat sich dasselbe Schauspiel wiederholt, das vom soziald. Verband schon an vielen andern Orten aufgespielt wurde. Derartige Vorkommnisse aber müssen jeden denkenden Arbeiter die Augen öffnen und ihn in diejenige Organisation hineinführen, die mit Besonnenheit und Energie die Interessen der Metallarbeiter vertritt. Das ist unser christlicher Metallarbeiterverband.

Berlin. Die neutral der „freie“ Metallarbeiterverband ist, erzieht man wieder aus folgendem drastischen Beispiel. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hielt in Köpenick am 29. August eine Bezirksversammlung ab, die wieder einmal zeigte, welcher Haß gegen das Christentum diese Organisation erfüllt. Genosse Adolf Stern (freireligiöser Agitator d. E.) referierte in genannter Versammlung über das Thema: „Die alte und die neue Weltanschauung.“

Nach der alten Weltanschauung sei ein allmächtiger, allweiser und allgütiger Gott der Schöpfer alles Seins. Der Christ müsse dies glauben und dürfe nicht zweifeln. Die christlichen Religionen unterbrücken, um diese alte Weltanschauung hochhalten zu können, das freie Denken ihrer Angehörigen. Der Staat sei der christlichen Religion in dieser Unterdrückung durch entsprechende Gesetze — Gotteslästerungsparagrafen — behilflich. Wenn jedoch die christlichen Kirchen, an erster Stelle der katholizismus, an zweiter ebenso die evangelische Kirche, die freie wissenschaftliche Forschung unterdrücke, dann sage der Staat nichts. Die neue Weltanschauung lasse für einen Gott keinen Platz, sie liege mit der alten in hartem Kampfe. Herr Stern erklärte z. B., die Bewohner der Gebirge Sinais hätten, geängstigt durch gewaltige Naturereignisse, zum Blüß und Donner gebettelt, und so sei die jüdische Religion zustande gekommen. Das Christentum habe die jüdische Religion ausgebaut und sich neben Gott einen Teufel gemacht als bösen Geist.

Nachdem Herr Stern so die Entstehung der christlichen Weltanschauung vorgezogen, mußte er doch die schwachen Seiten der neuen Weltanschauung eingestehen. Der mit Vernunft und Verstand begabte Mensch sehe hoch über dem Tier, welches nur den sinnlichen Trieben folge. Weser das höchst entwickelte Tier — der Mensch — diese seine Herrscherstellung begründende Eigentümlichkeit habe, hätte die Wissenschaft noch nicht feststellen vermocht. Ferner gestand er bedauernd, die alte christliche Weltanschauung sei eine in sich abgeschlossene, die neue Weltanschauung sei dies leider nicht und würde es auch wohl nicht werden, weil alles im jetzen Werden und Vergehen begriffen sei. Ein Appell zum Anschluß an die Sozialdemokratie, weil diese die Wissenschaft betreibe, dieser Racht sei und die Wissenschaft den endlichen Sieg davontragen würde, war sein Schluß.

Nach Stern forderte ein Diskussionsredner, der sich als Mitglied der Köpenicker freireligiösen Gemeinde vorstellte, zum Austritt aus der Landeskirche auf. Wenn die Austritte aus der Kirche in Köpenick nicht zahlreicher würden, dann würde bald die zweite neue evangelische Kirche gebaut und die Summe der zu zahlenden Kirchensteuer erhöht werden.

In seinem Schlußwort unterstützte der Referent die Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche. Man sieht, bei der Partei und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ist nicht „Religion Privatangelegenheit“, sondern Religionshäß — Hauptsache. Darum wundern wir uns nicht über derartige Bestrebungen des „freien“ Metallarbeiter-Verbandes. Christliche Arbeiter aber sollten und werden immer mehr solchen religionsfeindlichen Organisationen den Rücken kehren.

Literarisches.

Der Krankenpflegerberuf — kein Durchgang — sondern Lebensberuf. Vortrag, gehalten auf dem 1. Delegiertentage des Deutschen Bundes der Krankenpfleger und Pflegerinnen in Berlin, von Georg Stricker, 1. Vorsitzender. Preis 10 Hg., 12 Seiten. Selbstverlag Berlin N. 27, Franzlauer Platz 11.

„Hilfsbuch zur Vorbereitung auf die theoretische Meisterprüfung“, von Rektor C. Henge, Verlag v. Schröder, Halle S. Preis 1,60 Mk. In 12 Abschnitten bringt das Buch die gesamte theoretische Ausbildung eines Handwerksmeisters, wie sie sein soll. Zunächst die gesetzlichen Vorschriften für die Meisterprüfung, dann die Arbeiterausbildung, die Organisation des Gewerkes, Gewerkschafts- und Konfliktwesen und die gesamte Buchführung, Kalkulation und Buchwesen und schließlich auch die sozialpolitische Gesetzgebung werden in quier und interessanter Bearbeitung behandelt. Für die Kandidaten zur Meisterprüfung wird es wegen seiner Zielgenauigkeit von großem Nutzen sein.

Sterbetafel.



Bochum. Am 1. September starb unser Kollege Martin Breitenbach im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung.

Wismar. Unser Kollege Franz Kumpfert starb am 15. August infolge Unfall.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Altötting. Jeden 2. Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Mitgliederversammlung. Diesmal besonders wichtig.
- Nachen-Burscheid. Sonntag, den 15. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung bei W. Zinier, Damustraße 17.
- Uhlen. Sonntag, den 15. September, vorm. 11 1/2 Uhr bei Siegard's Versammlung mit Vortrag.
- Bochum. Samstag, den 14. Sept., abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Huppert, Alleestraße.
- Bochum. Sonntag, den 15. September, nachm. 4 Uhr bei Hühneke, Wiemelsauerstr. 12, allgemeines Gewerkschaftsfeil.
- Duisburg. Samstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag.
- Duisburg. Sonntag, den 22. Sept., nachm. 3 Uhr Versammlung im Bahnhof. Referent Kollege Schümer, Nachen.
- Erlangen. In 'er Vorsitzender, Hermann Lochstamper, wohnt Mühlstraße 5, 2 Treppen.
- Essen (Ablegemerke). Samstag, den 14. Sept., abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.
- Essen-Wellinghausen. Sonntag, den 15. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung. Versammlungslokal: Köhne.
- Essen-Kraib. Sonntag, den 15. Sept., vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung. Versammlungslokal: Gantenberg.
- Essen (Stadt). Sonntag, den 15. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.
- Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 15. September vorm. 11 Uhr im Verbandslokal, Wirt Klitzgen, Frohnhauserstr., Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Jeder Kollege muß erscheinen.
- Essen-Segeroth. Sonntag, den 15. September, abends 8 Uhr Versammlung mit Frauen. Referent: Biffels. Unbedingtes Erscheinen erforderlich. Versammlungslokal: Wüsch.
- Essen-Berg-Verbeke. Sonntag, 15. Sept., morgens 11 Uhr Versammlung bei Noortmann, Döckstraße.
- Essen-Altenessen. Mittwoch, 18. Sept., abends 1/2 9 Uhr Versammlung bei Esser, Segerothstraße.
- Gelsenkirchen-Hüllen. Samstag, den 14. Sept., abends 8 Uhr Versammlung bei Brox.
- Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 15. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Majus.
- Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 15. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Wegner.
- Serrre. Samstag, den 21. Sept., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Steinberg.
- Silbesheim. Sonntag, den 15. September große öffentliche Gewerkschafterversammlung im evangelischen Vereinshaus, Biegel. Referent S. Winter, Berlin.
- Salk. Sonntag, den 15. Sept., morgens punkt 10 Uhr bei Schradt Versammlung.
- Koblenz-Neuendorf. Alle Anfragen in Verbandsfragen, sowie Auszahlung von Reiseunterstützung werden von jetzt ab von den Kollegen Adolf Simbach, Koblenz-Neuendorf, Pastorenlangstraße Nr. 8, erledigt.
- Wismar. Sonntag, den 15. September, nachm. 4 Uhr Mitgliederversammlung im Majors Garten. Keiner darf fehlen.
- Wismar. Sonntag, den 15. September, nachm. 3 Uhr bei viele Versammlung mit Vortrag.
- Über-Schönweide. Am 14. September abends 8 1/2 Uhr bei Meiß, Döhrer. 1. Vorkommnisse mit Vortrag. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, dafür zu agitieren, damit die Versammlung besser besucht wird, als die vorhergehenden.
- Duisburg. Am 22. September, vorm. 11 1/2 Uhr Versammlung bei M. Kropf.
- Deide. Am Samstag, den 14. September, abends 8 Uhr Kartellversammlung bei Lindenbrink. Sonntag, den 15. Sept., vorm. 11 Uhr bei Sommer Versammlung mit Vortrag. Referent Weinbrenner.
- Birnascus. Montag, den 16. Sept., abends 7/9 Uhr im Vereinslokal (Nory) Unterricht im Transmissions-, Turbinen- und Gewinde-Rechnen.
- Stettin. Sonntag vorm. 11 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung. Zentralisation mit Oberhausen, bestimmt Beschlusfassung für Lokalbeitrag von 10 Hg., Vortrag Oberhausen.
- Wallau. Sonntag, den 15. Sept., nachm. 4 Uhr findet in Wallau bei Senkel 14 eine Mitgliederversammlung statt. Vortrag über die Hüttenarbeiterkonferenz in Duisburg.
- Wetzlar. Am 15. September abends 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Köhff.
- Wittgoldingen. Am Sonntag, den 15. Sept., nachmittags 3 Uhr große öffentliche Versammlung im Gasthaus „zur Krone“ in Dingingen.

Riepenferl
Sabate sind allen voraus!
 1/4 Pfd.-Pakete à 20 Hg. bis 1 Markt.
 Heberall künstlich!
 Alleinige Fabrikanten:
Oldenkott-Rees.